

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Arbeitslosen-Los

Verbitterung, Sterblichkeit und Marxismus Seite 3

■ Ausländer-Los

Geduldete, Betrogene und Abgeschobene Seite 4

■ Wege übers Land

Garten- und Ackerbau, Seidenraupen und Äpfel,
LPG und Chruschtschow Seiten 8/9

■ Unendlicher Terror

... und seine Ursachen, die weit vor vor dem
11. September 2001 liegen Seite 12

■ „Triell“ im Leipziger Stadion

Erinnerungen an schnelle Frauen Seite 13

18

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
8. September

www.
leipzigs-
neue.de

Gesicht gezeigt am Weltfriedenstag



Fotografiert von Ralf Fiebelkorn
zum Friedensfest
der Linkspartei Leipzig



Schon unterschrieben?

Die Unterschriftenlisten, zum Weltfriedenstag während des Friedensforums Leipziger Vereine auf dem Platz vor der Moritzbastei ausgelegt, fanden reges Interesse. Viele Spalten füllten sich. Und doch erklärte mancher, er halte die ganze Aktion für eine Schande. In einem sich demokratisch nennenden deutschen Staat müsse es doch selbstverständlich sein, dass die Verfassung eine antifaschistische Klausel enthält.

Weil dem aber im bundesrepublikanischen Deutschland gewollt nicht so ist, enthält sich auch die sächsische Verfassung vom 27. Mai 1992 dieser Pflicht. Jetzt hat jeder Bürger die Chance, den Volksantrag „COURAGE ZEIGEN. Für ein weltoffenes Sachsen“ zu unterstützen, damit folgende Gesetzesänderung in den Sächsischen Landtag eingebracht werden kann,

damit konkret dem Artikel 7 Abs. 1 der Satz angefügt wird:

„In diesem Rahmen ist es Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes nicht zuzulassen.“

Diese dringende Gesetzesänderung wird jedesmal schmerzlich bewusst, wenn zum Beispiel Wochs Neonazis einfallen, und die Stadtoberen keine Handhabe sehen, ihre Aufmärsche zu verbieten, auch, weil das Oberlandesgericht in Bautzen keine Verbotsgründe sieht.

Wörtlich heißt es in der Begründung zur Änderung der Verfassung, es solle „der Tatsache Rechnung getragen werden, dass im Freistaat Sachsen, wie in anderen Bundesländern auch, in wachsendem Maße rechtsextremistische, ausländerfeindliche, antisemiti-

sche und neofaschistische Kräfte provokant und organisiert öffentlich in Erscheinung treten. Das Agieren der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag mit teils offen völkerrechtsverletzendem Charakter ist dafür signifikant.“ Und: „Es soll klargestellt werden, dass aggressiver Ausländerhass, die offenen Anfeindungen gegen Menschen anderer Nationalität und Rasse, Geringschätzung und Diskriminierung gegenüber nationalen Minderheiten, die Schändung von Friedhöfen und Gedenkstätten, rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten, das Leugnen des Holocaust und des verbrecherischen Charakters des Dritten Reiches von Verfassungen wegen geächtet sind und Neofaschismus in Wort, Programm und Aktion eben kein scheinbar normaler Bestandteil der Alltagskultur sein kann – gleich in welchem Alter, gleich in welchen Lebensbereichen dieser Gesellschaft.“
Haben Sie schon unterschrieben?

Auf ein Wort bitte



BERND RUMP
Linkspartei, PDS,
Sachsen

Der Fahrplan ist fertig. Rein technisch betrachtet kann nichts schief gehen. Man könnte meinen, die Fusion ist so gut wie erfolgt. Kleinere Probleme, wie z. B. der eigenständige Antritt der WASG in Berlin und Schwerin dürften sich nach den Wahlen dort erledigt haben. Alles paletti? Gut gestartet muss aber nicht immer heißen, dass die gute Ankunft sicher sei. Auch dass Linkspartei und Wahlalternative in Sachsen tatsächlich und beinahe vom ersten Tag an versuchen, sich auf gleicher Augenhöhe zu begegnen und zu politischer Kultur zu finden, bedeutet noch keine Garantie des Gelingens. Aber es ist dafür hilfreich. Freilich geht es um mehr als den hiesigen Rayon. Was will diese kommende Linke? Was wird sie tun? In den bisherigen programmatischen Vorschlägen wimmelt es nur so von guten Absichten. Löblich. Aber ist es wirk-

lich das eigentliche und einzige Ziel der Linken, den Sozialstaat wiederherzustellen? Und, wenn dem so sein sollte, kann das wirklich dauerhaft ein links vereinigendes Band sein? Der gute Wille, gerechter zu verteilen, den Reichen etwas mehr zu nehmen und den Ärmeren zu geben, ist immer löblich – aber er lässt ja doch wohl alles beim Alten. Und fragt nicht: Warum sind die einen reich und die anderen arm? Und es erscheint dann plötzlich der einstige (und in Wirklichkeit noch vorhandene) bundesrepublikani-

Verteilung ist nicht alles

sche Wohlfahrtsstaat den Linken als ein erstrebenswertes Ideal? Doch: Wäre das möglich? Und wäre das sinnvoll? Und was überhaupt ist dieser Staat? Etwas fehlt in dieser Debatte oder kommt nur am Rande vor. Bei allem Antikapitalismus fehlt doch der Kapitalismus selbst. Fehlt, was er ist – eben eine Produktionsweise. Und ich fürchte, wir denken weder über diese Weise noch über die Produktion nach. Wenn aber die Menschen noch immer ihre Verhältnisse produzieren, dann geht die andauernde Verteilungsdiskussion eben an der Grundlage vorbei. Und damit auch an den Produzenten, gleich ob klassischer Industriearbeiter oder High-

tech-Arbeiter oder moderner Dienstleister – und nimmt die, die aus der Produktion ausgeschlossen wurden, noch mit für diese unsägliche Praxis in Haftung. Eigentlich wissen wir doch darum, dass die Produkte nicht vom Himmel fallen, dass es uns morgen immer nur so gehen kann, wie wir heute arbeiten – was wir doch mindestens bis zum Ende der sechziger Jahre auch beherzigten. Wissen darum, dass all unsere Vorstellung von Demokratie, Sozialismus vor der Sphäre der Arbeit nicht nur nicht halt machen, sondern genau dort anfangen muss. Oder meinen wir nunmehr, wenn wir vom Sozialismus reden, nichts als einen bürgerlichen Gefühls-Sozialismus, und wenn wir von der Linken sprechen nichts als ein liberales und philanthropisches Weltgefühl, reden von einer friedlichen und freundlichen Welt, demaskieren munter oder grimmig die Verantwortlichen, ohne aber dort anzusetzen, wo diese verändert werden kann? Und mit den dort Arbeitenden neu zu fragen: Wie? Ja, diese Neue Linke, sie ist notwendig. Aber sie hat noch einen langen Weg vor sich. Um es wieder von der Utopie zur Wissenschaft – und von Theorien zu Praxis zu bringen. Um mehr zu sein als gute Sozialdemokratie und an den Wunden der Welt nicht nur ein wenig zu heilen, obschon das nicht wenig wäre. Aber eben nicht genug.

Der Skandal hinter dem Skandal

„Es ist keine Erinnerungstäuschung und keine Umdeutung von Geschichte, wenn wir feststellen, dass die deutschen Vertriebenen Opfer waren“ – sagte wörtlich und aus Anlass der Eröffnung des Weimarer Kunstfestes „Gedächtnis Buchenwald“ ein stellvertretender Bundesbeauftragter für Kultur und Medien, ein gewisser Ministerialrat Prof. Hermann Schäfer. Das bedarf keines Kommentars. Schließlich leben wir in der Bundesrepublik Deutschland. Da ist so etwas gewünschte Normalität. So normal, so sehr Kalkül wie die „ausbalancierte Erinnerungspolitik“ der Gedenkstätte Buchenwald, von der Direktor Knigge gar zu gerne schwärmt und die er nun etwas beschädigt sieht. Schließlich habe er einen jahrelangen Kampf geführt, „ehe ein Konsens über die Erinnerung an die doppelte, aber höchste unterschiedliche Geschichte von Buchenwald als faschistisches Konzentrationslager und als sowjetisches Speziallager gefunden war“, wie ihn das ND wertfrei zitiert. Knigge verpackt seine Unverfrorenheit nur in geschicktere Worte. Und das ist der eigentliche Skandal. Denn ohne Helfershelfer wie ihn wäre die unsägliche Gleichsetzung der „beiden Diktaturen“, wie sie die BRD in den Geschichtsbüchern festschreiben lassen will, gar nicht möglich. Und damit auch eine Beamten-, also Untertanen-Rede wie die von Schäfer nicht. Die Direktorin der Dachauer Gedenkstätte, auf die Möglichkeit einer Ausstellung über das einstige US-amerikanische Speziallager in den Mauern des ehemaligen KZ Dachau angesprochen, verwahrte sich entschieden gegen ein solches gleichsetzendes Unterfangen. Das ist klug. – Obwohl die Amis, wie man heute weiß, sehr intensiv bei einseitigen Gestapoleuten und SSlern in die Lehre gingen. • wart

Gauckler am Morgen

Zu früher Morgenstunden wurde jetzt auch Joachim Gauck im Deutschlandfunk zum Weimarer Eklat der Buchenwald-Rede des Ministerialdirektors Hermann Schäfer um eine Ansicht gebeten; jener Gauck, von dem der schöne Satz stammt: Man versöhnt sich nicht gut, wenn man wenig weiß. Es dauerte auch nur Minuten und der Hörer merkte, wie wenig Joachim G. weiß oder wissen wollte. Behauptete der jetzige Vorsitzende des „Vereins gegen das Vergessen und für Demokratie“ allen Ernstes: „Es hat ja erst seit 40 Jahren eine richtige Aufarbeitung und Hinterfragung des Nationalsozialismus gegeben.“ Nach seiner Ansicht sei das vor allem ein Verdienst der 68er gewesen. Und er bezeichnete sich gleich selbst als solchen. Na toll. Da blieb einem das Frühstücksei fast im Halse stecken. Was war mit der Zeit zwischen 1946 und 1966? Staudtes „Die Mörder sind unter uns“, Maetzigs „Ehe im Schatten“, Hedda Zimmers „Teufelskreis“, Seghers „Das Siebte Kreuz“, Wanda Jakubowskas „Letzte Etappe“, Bruno Apitz „Nackt unter Wölfen“. Dazu eine Vielzahl von wissenschaftlichen und populären Veröffentlichungen. Sicher, das hier nur in aller Unvollständigkeit Aufgezählte sind alles Ost- und DDR-Beispiele und damit für einen politischen Gauckler offenbar nicht existent. Welch fatale gesellschaftliche Rechnung anno 2006? 20 Jahre einfach aus- und wegblenden? Der Interviewer im Radio fragte nicht nach ... • ck



Und wieder tobt die Abrissbirne: Ein schmerzlicher Abschied nicht nur für die ehemaligen Brauereimitarbeiter des VEB Sachsenbräu, denn hier in den Büros sind auch die ersten Ausgaben von LEIPZIGS NEUE entstanden.

Foto: Liebich



LN wünscht allen Schulanfängern viel Spaß beim Lesenlernen

„Ein Kind ist wie eine Blume ...“

In den ersten zwei Reihen des Saales hatten die künftigen Erstklässler Platz genommen. Sie waren dem Anlass entsprechend festlich gekleidet, auf ihren Gesichtern spiegelte sich Aufgeregtheit, aber auch frohe Erwartung. Heute nun endlich war es soweit. Sie würden als traditionelles Zeichen für den Beginn eines neuen Lebensabschnittes ihre Zuckertüten erhalten. Hinter ihnen saßen in meist dunklem Tuche die Eltern, Großeltern, Geschwister und andere Anverwandte. Allerdings hatten viele von ihnen schon wieder ihre Plätze verlassen und sich auf Fotoreportage begeben. Mit Kameras bewaffnet standen sie nun Schulter an Schulter in langen Reihen rechts und

links an den Wänden des großen Raumes, drängten sich zwischen den Sitzblöcken, eilten geschäftig vor dem Auditorium hin und her, knieten oder watschelten im Entgang vor den erwartungsfrohen Kindern daher. Die Feier der Einschulung begann und wie auf Kommando brach auch das Blitzlichtgewitter los. Es sollte so schnell nicht wieder enden. Ein zufällig in den Saal geratener Besucher hätte geglaubt, er sei in die Pressekonferenz mit einem Außerirdischen geraten. Gleichzeitig reckten sich aus den Reihen der Sitzengebliebenen Arme mit den Digitalkameras weiterer Kameraträger nach oben. Schonungslos wurde alles abgelichtet. Als die Schulanfänger in Gruppen zu fünft zur Entgegennahme ihrer Zuckertüten nach vorn gebeten wurden, löste sich die Ordnung völlig auf. Die Reporter stürzten zur Bühne, um „ihr Kind“, so es auftauchte, im Bilde festzuhalten. Von den Sitzreihen aus war nichts mehr zu sehen. Die Kleinen bahnten sich mühselig mit der nun endlich in ihren Besitz übergebenen Zuckertüte den Weg zurück zu ihrem Stühlen, auf denen aber bereits besonders clevere „Blitzer“ standen. Und über der Bühne stand geschrieben: „Ein Kind ist wie eine Blume ...“

• ERLEBT VON MANFRED BOLLS



Argus

Heldenstädtisches

Leipzig ist um einen Straßennamen reicher. Dem Güterverkehrszentrum in Lindenthal stehe es gut an, so befanden die Stadtverordneten, dass eine neue Straße künftig den Namen Hermann Dörner trägt. Hermann Dörner? Dank der örtlichen Springer-Madsack-Postille wird unser Unwissen beseitigt. Bei dem Herrn, so werden wir belehrt, handelt es sich um einen „Flugpionier und Konstrukteur“: „Mit der Namensgebung wird das Wirken eines bedeutenden deutschen Flugzeugmotorenbauers gewürdigt und gleichzeitig der Deutschen Flugzeugwerke (DFW) in Lindenthal gedacht, die einst zu den größten Produktionsstätten von Militärflugzeugen gehörten und europäische Luftfahrtgeschichte schrieben.“

Es folgt die Beschreibung jener Mordmaschinen des ersten Weltkrieges, die Dörner konstruierte und die hier in Leipzig gebaut wurden, illustriert mit dem Bild eines „der meistgebauten deutschen Flugzeugtypen des 1. Weltkrieges“. Wahrlich, meine Damen und Herren Stadtverordnete, das war eine der Heldenstadt würdige Entscheidung. Nur, nun seien sie auch konsequent: Wenn Sie schon den Konstrukteur ehren, dann dürfen sie bei künftigen Straßenbenennungen in Lindenthal auch jene „Helden“ nicht übergehen, die dessen todbringende Metallvögel gegen den Feind flogen und dafür von Kaisers Gnaden das Ritterkreuz oder den Pour le mérite an die lederne Fliegerweste geheftet bekamen.

Massenarbeitslosigkeit ist beschäftigungsfördernd. Neben dem Heer von Beamten und Angestellten in den Arbeitsämtern und anderen mit Arbeitslosen beschäftigten Behörden leben zahlreiche private Arbeitsvermittler, Coachs (Trainer), Lebensberater und Psychologen davon. Desgleichen werden Erwerbslose in vielerlei Hinsicht umgeschult oder qualifiziert. Das schafft Arbeitsplätze in der Bildungsbranche.

Auch Wissenschaftler, insbesondere Soziologen, Pädagogen und Mediziner, haben durch die Arbeitslosigkeit ein zusätzliches breites Betätigungsfeld erhalten. Einer von ihnen ist Prof. Elmar Brähler, Medizinpsychologe an der Universität Leipzig. Der Gelehrte arbeitet z. B. seit 2002 an der sächsischen Längsschnitt-

Von MANFRED BOLS

studie von Prof. Peter Förster (LN Nr. 5 vom 10. März '06) zum Thema „Arbeitslosigkeit und Gesundheit“ mit und beschäftigte sich auch schon mit der Untersuchung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland.

Jetzt ist er mit einer Studie über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen an die Öffentlichkeit getreten, in der die Ergebnisse der Befragung von mehreren Tausend Arbeitslosen eingeflossen sind. Darin kommt er zu der Schlussfolgerung, dass Arbeitslose ein viel höheres Risiko haben, krank zu werden als Berufstätige und dass, wer arbeitslos ist, statistisch gesehen früher stirbt als ein Beschäftigter im gleichen Alter. Diese Studie erregte Aufsehen – die Illustrierte *Superilu* brachte ein großaufgemachtes Interview, *ND* und *LVZ* überschrieben betreffende Beiträge unisono mit der Schlagzeile „Arbeitslose sterben früher“.

Das Thema und die Schlussfolgerungen sind nicht neu, auch wenn es bemerkenswert ist, dass diese Feststellung auch auf das angeblich reiche Deutschland zutrifft, wo die Lage der Arbeitslosen aufgrund relativ zuverlässiger sozialer Absicherung nicht vergleichbar ist mit dem Durchschnitt in Europa, geschweige denn mit anderen Regionen der Welt.

Die österreichische Sozialdemokratin und Soziologin Marie Jahoda (1907–2001) erarbeitete z. B. schon im Jahre 1932 gemeinsam mit ihrem Mann Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel eine der

Arbeitslosen-Los

Verbitterung, Sterblichkeit und Marxismus



Michael K. Dobisch

berühmtesten empirischen sozialpsychologischen Studien über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Sie trug den Titel: „Die Arbeitslosen von Marienthal“. Der kleine Ort im Steinfeld südöstlich von Wien war Anfang des 20. Jahrhunderts jahrzehntelang Synonym für Industrialisierung und Aufstieg. Die dort ansässige Textilfabrik gab mehr als 1000 Menschen Arbeit. 1929 wurde das riesige Werk geschlossen und Marienthal wurde damit zum klassischen Beispiel für den Absturz eines ganzen Ortes in die Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen hinsichtlich Gesundheit, moralischer Haltung und Lebenseinstellung der Menschen.

Das veröffentlichte Ergebnis der Studie gibt einen tiefgehenden und erschütternden Einblick in das Leben der Arbeitslosen und ihrer Familien, die ohne baldige Aussicht auf Beschäftigung waren, wie es eben auch heute auf die Langzeitarbeitslosen zutrifft. Natürlich ist 1930 nicht 2006 und Marienthal ist nicht Deutschland in seiner gegenwärtigen

Struktur, aber die Probleme sind doch im wesentlichen die gleichen. Marie Jahoda widmete sich in ihren damaligen Befragungen und Untersuchungen übrigens auch dem Dasein und der Gesundheit der Kinder, die am meisten unter dieser Situation leiden mussten. Auch hier drängen sich Parallelen zur heutigen Kinderarmut in Deutschland auf.

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Studie von Prof. Brähler ist interessant, dass im Jahre 2003 auch Prof. Michael Linden, Psychiater an der Charité, in einer Untersuchung festgestellt hatte, dass der Verlust des Arbeitsplatzes krank machen kann. Er bezeichnete diese spezifische psychische Erkrankung als „posttraumatische Verbitterungsstörung“.

„Neben den Depressionen und Phobien sind Gefühle der Hilflosigkeit, des Selbstzweifels, Selbstmordgedanken, Aggressionen, Verzagttheit, Missmutigkeit, unspezifische körperliche Beschwerden, Appetitlosigkeit, Schlafstörungen und Antriebsmangel zusätzliche Symptome dieses Krankheitsbildes“, führte Linden aus und schlussfolgerte, dass dieses Leiden zu dauerhafter Arbeitsunfähigkeit führen kann. Besonders gefährdet seien vor allem Menschen, die ihr Selbstwertgefühl fast ausschließlich aus dem Beruf schöpfen.

Seit 15 Jahren, die Statistiken sind bekannt, wächst die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland stetig und im noch schnelleren Tempo die Zahl der untauglichen Versuche der regierenden

politischen Parteien, diese wirkungsvoll einzudämmen. Die Arbeitslosigkeit richtet inzwischen einen so hohen gesellschaftlichen Schaden an, dass man kaum umhin kommt, Möglichkeiten eines sozialistischen Systems zu erörtern, das niemand mehr zum Nichtstun verurteilt. Den Menschen wird immer stärker bewusst: Es muss grundlegende Ursachen für diese Situation geben, die mit dem Charakter der kapitalistischen Gesellschaft zusammenhängen, in der der Profit die Triebkraft der auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaft ist.

Es genügt aber heute nicht mehr, nur zu behaupten, Marx sei nicht überholt, sondern es gilt, dessen Erkenntnisse über Arbeitslosigkeit neu zu durchdenken und Schlussfolgerungen grundsätzlicher Art für eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse zu ziehen. Sie können übrigens durchaus im Einklang mit dem Grundgesetz stehen. Im Absatz 3 des Artikels 14 GG wird z. B. gesagt: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“ Um nichts anderes ginge es schließlich.

Marx formuliert in seinem grundlegenden Werk „Das Kapital“: „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die Arbeitslosenarmee. Die überall einsetzbare Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Arbeitslosenarmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die chronische Arbeiter-Übervölkerung...“

Friedrich Engels hatte in seiner Schrift „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ bereits erkannt, dass die Arbeit „die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens“ ist und ihr damit eine zentrale Bedeutung gewissermaßen als Hauptachse des Lebens zugewiesen. Ohne Arbeit ist eben alles andere nichts.

Eine Frage an William Grosser, Mitglied der linken Stadtratsfraktion Leipzig



Was wird nun mit der Teilprivatisierung der Stadtwerke?

Ein Verkauf von Stadtwerketeilen kommt für die Linkspartei grundsätzlich nicht noch einmal in Frage. Schon früher gab es falsche strategische Partner und die Stadt kaufte ihre Anteile zurück. Man kann solche Erfahrungen nicht einfach negieren.

Nach wie vor gilt: Es gibt keine nachhaltige Haushaltskonsolidierung durch den Verkauf von städtischem Eigentum. Wer das behauptet, führt die Leipziger in die Irre.

Bei dieser wahrhaft nicht einfachen Problematik können sich

auch die Verantwortlichen der Bundes- und Landesebene nicht heraushalten.

Wir fordern im Aufsichtsrat, dass zum anvisierten Verkauf alternative Möglichkeiten stärker geprüft werden müssen. Die sind längst noch nicht ausgeschöpft. Das muss unbedingt in den kommenden Tagen und Wochen geschehen.

Festzustellen ist auch: Der Geschäftsführer des Kommunalkonzerns, Dr. Klein, hat ohne Legitimation durch den Aufsichtsrat europaweit Ausschreibungsaktivitäten zum Verkauf

gestartet und befördert, die wir so nicht akzeptieren können.

Bevor nicht im Stadtrat eine Entscheidung fällt, werden bis auf Weiteres alle diesbezüglichen Verkaufsaktivitäten gestoppt. Aus diesem Grund hat der Aufsichtsrat am vergangenen Wochenende Dr. Klein derzeit keinen Handlungsspielraum zugebilligt. Es muss akzeptiert werden, dass die Stadtwerke Eigentum der Leipziger Bürger sind, und nicht von einem Manager im Alleingang verhökert werden können, wenn auch assistiert von OBM Jung.

Goldene Henne für Merkel?

Im Volksmund heißt es: Bomben und Orden treffen meistens die Falschen. In diesem Fall bestimmt.

50 Jahre, so neueste Verlautbarungen, soll es nun noch dauern, bis die Einkommen und Lebensverhältnisse in Ost und West angeglichen sind. Parallel zu diesem Tiefschlag nicht nur gegen die Menschen selbst, sondern auch gegen das Grundgesetz, wird Angela Merkel von einem ostfreundlichen abgetäuschten Sender und von einem ebenso nur ostfreundlich angetäuschten Super-Jahrmagazin für die Auszeichnung mit der Goldenen Henne vorgeschlagen. Haben die Ostdeutschen solche Ignoranz ihrer Befindlichkeiten verdient? Und was würde wohl Helga Hahnemann selbst dazu sagen? Würde sie sich für dieses Spaltungs-Ausgrenzungs-Demütigungs- und Drucksystem zum Bühnenkasper machen? Ich kann es mir nicht vorstellen. Aber sie kann sich ja nicht mehr wehren.

Was hat Angela Merkel während ihrer politischen Karriere Nachweisbares getan, um die Krise im Ostens wenigstens abzumildern? Was hat sie zum Zusammenwachsen von Ost und West getan?

• J. SPITZNER

Der andere neben dir...



»Nur im Notfall fragt mich niemand, woher ich eigentlich komme.« Marco, Notarzt

Alltagsrassismus

kann auch ganz nett daher kommen: wenn du glaubst, nur wer dir auf Haar gleicht, spricht auch deine Sprache.

Postkarten: Antidiskriminierungsbüro



»Sie sprechen aber gut Deutsch!« ist kein Kompliment für mich.«

Zur Zeit werden in Leipzig und Sachsen wieder verstärkt Migranten in ihre „Heimatländer“ abgeschoben. Zu einem kleinen Teil handelt es sich um Personen aus neuen EU-Staaten, sie könnten wegen der Freizügigkeit wieder zurückkommen. Problematischer ist die anhaltende Abschiebung in Krisengebiete. Das betrifft vor allem Frauen und Männer aus dem Iran, aus Irak, Afghanistan, Kongo, Libanon, Syrien, Sierra Leone und Somalia. Eine wirkliche Einzelfallprüfung des Asylantrages findet nicht statt, kann auch gar nicht stattfinden. Denn die Beweislast liegt beim Antragsteller.

Wie kann ein politisch Verfolgter beweisen, dass er politisch verfolgt wird? Vielleicht soll ihm beim Konsulat des Verfolgerlandes ein Formular ausgestellt werden, das die Verfolgung bestätigt?

Ein solches „Entgegenkommen“ der ausländischen Behörde wäre letztlich nur Beweis des Gegenteils. Es gibt zahlreiche Beispiele, dass Abgeschobene nach ihrer Ankunft in ihrem „Heimatland“ inhaftiert, gefoltert oder im Extremfall umgebracht wurden.

Wenn ein Asylverfahren abgelehnt wird, droht die Abschiebung oder der Erhalt einer vorläufigen Aufenthaltsgenehmigung. Diese Duldung wird erteilt, wenn die Herkunft ungeklärt ist oder die aktuelle politische Lage die Abschiebung nicht zulässt. Die Einschätzungen sind sehr willkürlich und unterscheiden sich nicht nur zwischen den Behörden der verschiedenen Bundesländer, sondern sogar zwischen den Kommunen desselben Bundeslandes.

Geduldeten können zu jeder Zeit aufgefordert werden, auszureisen. Das heißt, sie müssen sich um einen Pass kümmern und ihn im Extremfall da beantragen, wo sie auf schwarzen Listen stehen.

Auf nachgeborene Kinder, die ihr „Heimatland“ noch nie gesehen haben und hier vielleicht zur Schule gehen oder eine Ausbildung absolvieren, wird keine Rücksicht genommen.

Keine Chance auf Wohnung

Für Asylbewerber und Geduldete gibt es zur Zeit keine Chance, eine Wohnung zu beziehen. Der Grund ist die Unterbelegung der Asylbewerberheime. Diese werden von gemeinnützigen Organisationen wie dem DRK gemietet und von der Stadt, wie es heißt, rückgemietet. Die Stadt bucht damit das gesamte Heim, egal, wie stark es ausgelastet ist. Das DRK muss ja schließlich genug Geld zur Verfügung haben, um auch die Plakatwerbeindustrie am Laufen zu halten und um die Herausbildung einer industriellen und hand-

werklich-gewerblichen Infrastruktur in den Entwicklungsländern zu erschweren.

Die Leipziger Asylbewerber und Geduldeten erhalten 20 Euro Taschen- und 18 Euro Bekleidungsgeld. Darüber hinaus können sie im Wert von 130 Euro Lebensmittel aus einem Katalog bestellen. In Leipzig ist dafür die Kühlhaus Wüstenbrand GmbH mit Sitz in Hohenstein-Ernstthal zuständig. Dort werden ausschließlich Markenprodukte angeboten. Zum Beispiel gibt es an Streichmargarine nur die Lätta Halbfettmargarine zu 0,76 Euro. Dann kann es aber immer noch passieren, dass Bratmargarine zu 0,30 Euro geliefert wird. Beim Sozialamt wird Lätta abgerechnet. Oder es wird eine Konserve 850 ml Mischgemüse zu 0,84 Euro bestellt, aber Wüstenbrand liefert eine 450 ml Konserve Gemüse-Mais. Diese „Zufälle“ haben System. Da die Migranten sich nicht trauen, Beschwerde einzulegen, übersieht die Justiz das Problem. Die Produkte sind nebenbei bemerkt alle etwas teurer als die, die Max Durchschnittskrause im Supermarkt kauft.

Teures und auch gefährliches Pflaster

Kaum jemand kommt mit dem Taschengeld aus. Eine Mitarbeiterin des Leipziger Sozialamtes sagte ganz offen zu einem Geduldeten, der sich über die Situation beschwerte: „Dann müssen Sie eben klauen.“

Fast alle Straßenverkäufer der Bildzeitung sind Geduldete, die sich ein paar Cents dazuverdienen wollen. Dazu müssen sie bei der Vertriebsfirma entweder ein leeres Blatt oder einen zugehaltenen Text unterschreiben. Der zugehaltene oder später hinzugefügte Text enthält die Erklärung, dass sie ein Gewerbe angemeldet haben und die Gewinne selbst versteuern. An einer verkauften Zeitung verdienen die Straßenverkäufer 12 Cent. Natürlich sind die Verkaufsstellen unterschiedlich belebt. Wer am Hauptbahnhof oder am Goerdeler ring verkaufen will, muss diesen Platz seinem Vorgänger für 150 Euro abkaufen. Auch andere Leipziger Firmen nutzen die finanzielle Notlage der Asylbewerber und Geduldeten schamlos aus.

Andere versuchen, mit Prostitution oder Kriminalität zu überleben. Ein Teufelskreis entsteht, denn die so genannte Ausländerkriminalität wird von Teilen der Regierung und speziellen Vertretern der rechten Presse von Spiegel, LVZ bis National-Zeitung gerne als Alibi benutzt, um Stimmung zu machen und Hetze zu betreiben.

• THOMAS BLOCH

Stadterneuerungsstrategien:

Lebensnah und zukunftsgerichtet

Zum Interview mit Bundesstaatssekretär Dr. Lütke-Daldrup und einem Artikel von Andreas Friedrich in LVZ vom 26. 8. 2006

Bereits die Kommission unter Leitung des früheren Leipziger OBM Dr. Lehmann-Grube zum Wohnungsleerstand in Ostdeutschland stellte fest, dass die Ursachen nur zu 25% auf Bevölkerungsschrumpfung und Wanderung in den Westen, aber zu 50% durch Umzug in stadtnahe Eigenheime sind. Nur schleppend wurde die Erkenntnis umgesetzt, statt des Eigenheimneubaus stärker die Sanierung der vorhandenen Wohnungssubstanz zu fördern. In Leipzig gab es 1990 trotz Wohnungssuchende 18 000 baulich desolate, also unvermietbare Wohnungen dazu, deren Abriss nach DDR-Gesetzgebung nur in Einzelfällen möglich war und nun ab 2007 wieder aufleben soll. Die Ursachen der derzeitigen Bedrohung der Innenstädte liegen also vor allem in einer ehemals verkrusteten Förderlandschaft in der BRD und der Zerstörung ostdeutscher Wirtschaftsstrukturen, aber nicht im Vorhandensein von Großwohnsiedlungen, die es auch in Leipzig nicht nur am Stadtrand gibt.

Ebenso war die Sozialwohnungsbauförderung im Osten nur ein kurzes Strohfeuer bis Mitte der 90-er Jahre. Die These: „Städte müssen von den Rändern schrumpfen“ ist realitätsfremd. Deshalb wurde bereits im Januar dieses Jahres durch den Stadtrat die „Schrumpfung nach urbanen Kernen“ beschlossen. So wie es unsinnig wäre, eingemeindete Ortsteile wie Engelsdorf, Mölkau oder Böhlitz-Ehrenberg „wegzuschrumpfen“, trifft das ebenfalls auf randstädtische Großsiedlungen zu. Besondere Reize der „sozialistischen“ Stadt waren die soziale Durchmischung oder die zunehmend bedarfsgerechte Versorgung mit Plätzen in Kindertagesstätten oder fehlender privilegierten Wohnformen im Massenwohnungsbau, was im Eigenheimbau aber üblich war. Stadtstrukturell hat sich jedoch die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten über Gesellschaftssysteme und Ländergrenzen hinweg immer ähnlich vollzogen. Die „Großtafelbauweise“ war übrigens eine französische Erfindung der 30er Jahre. Die „durchgrünte Stadt“ der fünfziger Jahre mit Auflösung der starren engen Wohnquartiere in Zeilen im Wechsel von Gebäuden und Grünanlagen mit Bäumen oder

Siedlungsverdichtung durch Hochhäuser wurde in BRD und DDR gleichermaßen verfolgt, ebenso Lückenschließungen in Innenstädten. Stadtentwicklung als fortwährende erfolgreiche Stadterneuerung kann nur im Rahmen demokratischer Strukturen, die den Interessen aller Bewohner verpflichtet ist, bewältigt werden.

Die ersten massiven Kritiken an der Sächsischen Stadtbauaufsicht, die bis zu 80% auf Abriss setzte, kamen bereits 2003 aus Leipzig von der PDS, was nicht zuletzt Anlass für einen Besuch des damaligen Bundesministers Manfred Stolpe in Grünau war. Immer mehr Leipziger ziehen heute aus den Magistralen wie Georg-Schumann- oder Georg-Schwarz-Straße weg. Eigentümer investieren dort nicht mehr, dafür in ruhigeren Lagen um die Ecke. Eine Herausforderung beim Stadtbau auch bei sinkender Einwohnerzahl ist deshalb der „Erhalt historischer Stadtquartiere“ in Verbindung mit einer „grünenden Stadt“. Neue Stadtparks, aber auch ganz Leipzig durchziehende Grünzüge sowie attraktive Stadtteilkerne gehören unbedingt dazu.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Schon wieder kaltgestellt

Wieder mal wurden 1200 Wohnungen in Leipzig-Grünau mitsamt ihrer Mieter kaltgestellt, jedenfalls bis mindestens 7. bzw. 14. September, bis neue Hausanschlussstationen eingebaut sind. Der sich seit Jahren vor Gerichten hinziehende Streit zwischen dem Hauseigentümer Theasaurus und dem Wärme-Dienstleister Elpag mündete jetzt in einen regelrechten Krimi. Elpag, so wird kolportiert, hinterlasse als Verlierer im Streit mit dem Hauseigentümer Theasaurus „verbrannte Erde“. Nun lässt sich über die Geschmacklosigkeit solcher Vergleiche zwar grübeln. Tatsache ist, die Mieter, die regelmäßig ihre Betriebskosten zahlen, wenn auch von der Elpag sittenwidrig überhöht, sitzen nun schon zum vierten Mal ohne Wärme und ohne Warmwasser da. Diesmal, weil die sich ominös dazwischengeschaltete Energiehandelsfirma klammheimlich und natürlich illegal in einer Nachtaktion ihre Hausanschlussstationen in den Kellern der Wohnlöcher ausbaute, weshalb die nun ordentlich über die Leipziger Stadtwerke zu liefernde Fernwärme nicht bis zu den Mietern vordringt. Weil der Gebäudeeigentümer sich mit dem Gerichtsbeschluss gegen die Elpag auf der sicheren Seite sah, habe er die Sicherheitsfirma, die die Hausanschlussstationen bewachen sollte, aus Spargründen wieder abbestellt. Man glaubt falsch zu verstehen: Eine Sicherheitsfirma sollte den sicheren Fluss der Wärme überwachen? Zu fragen, wo wir eigentlich leben, ist überflüssig. Im wilden Westen! • mx

Spott „Freie Radikale“ und „Lachmesse“

Man sitzt im Kabarett-Keller und möchte sich beim Vorabier auf das Programm „Freie Radikale“ einstimmen. Versucht vielleicht noch verschütteten Physik- und Biologielehrstoff aufzufrischen. Zum Glück alles nicht nötig. Denn plötzlich heißt es: Licht aus – Spot(t) an. „Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum will er was zu essen, bitte sehr!“ Ernst Busch serviert lautstark Bertolt Brecht und Hanns Eisler über die Tonboxen auf die noch nicht vollständig aufgegesenen Salateller des Publikums im Leipziger Kabarett: Funzel. Los gehts. Und nach zwei Stunden brüllt Gisela Oechelhaeuser in ein imaginäres Warenhaus: „Ich brauche nichts und ich kaufe nichts mehr!“ Sage keiner, dass zwischen diesem Anfang und diesem Ende nicht unsere brutale, radikale Gesellschaftsordnung bestens platziert ist.

**Was braucht der Mensch ?
Wovon lebt der Mensch ?
Was will der Mensch ?**

Nicht gerade einfache Fragen, denen sich die politische Kabarettistin in ihrem dritten Soloprogramm stellt. Und, es wäre einfach unfair, von ihr und ihrem Mitautor Philipp Schaller perfekte Antworten zu erwarten, die keine weiteren Fragen offenließen. „Ich habe die Welt mit meinen Programmen nicht verändert“, bemerkt sie während des



Abends einmal völlig zu Recht. „Sie streiten sich nur noch, um an der Macht zu bleiben – nicht mehr um Lösungen“, schreibt Gisela Oechelhaeuser der Bundesregierung ins Stammbuch. Und schlittert in den nächsten Minuten auf radikale Art kreuz und quer durch die Welt-politik. Wer da nicht auf dem Laufenden ist, hat wahrlich Mühe alles mitzubekommen. „Kennen Sie auch die Angst, dass wir nicht haben, was wir nicht brauchen?“, lächelt sie einmal ins Publikum und dreht und wendet diese eingebildeten und eingeredeten Bedürfnisse so „radikal“, dass man sich danach fast „frei“ fühlt. Wirklich toll gemacht und dabei wenig gelacht, sondern nachgedacht. Oechelhäuser sei Dank! Zu den radikalen Argumenten, die ihre Kodderschmauze des öfteren bravourös anbietet, gesellen sich besonders in der Mitte des Abends leider etliche alte Bekannte. Die Mundwinkel von Kanzlerin

Angela Merkel, die Intelligenz von Volksmusikbarde Achim Metzel, die Rhetorik von Edmund Stoiber...das wirkt aufgewärmt und abgestanden. Und es verirrt sich auch schon – wie ich finde – eine echte Humorlosigkeit in den Text wie: „Schäuble ist

doch der Politiker, dem man seine Behinderung ansieht.“

In Ablauf des Programms verstören leider auch die oft nur sekundenkurzen Einschübe mittels Tonkonserve. Wahrnehmen und Begreifen sind da mitunter nur sehr schwer möglich. Ich blickte da in etliche ratlose Gesichter und andere in meins. „Arbeitslose müssen halbiert werden“, diesen Blödsinn lässt Gisela Oechelhaeuser – völlig zu Recht – den Regierenden nicht durchgehen. Und es gibt auch noch eine Verkleidung auf offener Bühne bei der sich im wahrsten Sinne des Wortes für eine 89er Leipziger Montagsdemonstrantin alles dreht und wendet und sie „plötzlich als LIDL-Verkäuferin nicht mehr aufs Klo darf.“ Ein bisschen weniger Ulk wäre hier sicher mehr.

„Freie Radikale“ auch im Angebot der Lachmesse im Oktober und außerdem schon am 22. September in der „Funzel“. Ansehen!

• MIZO

Eine weitere Ausgabe von Deutschlands größtem internationalen Kabarett- und Kleinkunstfestival, gibt es vom 12. bis 22. Oktober. Elf Tage gastieren 176 Künstler aus acht Ländern und garantieren Kabarett, Comedy, Clownerie, Musik und Spaß vom Feinsten. Auf 95 Veranstaltungen können wir uns freuen.

Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche Gäste aus Nah und Fern in der Kabarett-Hochburg Leipzig erwartet. Prinzip des Lachmesse e.V. Leipzig bleibt es, Künstler aus Ost und West zusammenzuführen. (Und natürlich auch aus Nord und Süd!!!)

Und die Gerüchte stimmen nicht, dass es zwecklos sei, sich um Karten zu bemühen. Es gibt welche versichert uns der „Chef vom Ganzen“ Arnulf Eichhorn. Und wir glauben ihm!

Eingeladen wurden die aktuellen Kabarett-Preisträger und die Stars der Szene mit ihren neuen Programmen sowie Neuentdeckungen. Zum Auftakt des Festivals erhält das Duo Schwarze Grütze aus Potsdam für das beste Programm der Lachmesse 2005 den begehrten Kleinkunstpreis „Leipziger Löwenzahn“. Bisherige Preisträger waren u.a. die Missfits, Georg Schramm, Tom Pauls, Bruno Jonas, das Duo Böhne-Lange, Avner Eisenberg, Thomas Freitag, und die Magdeburger Zwickmühle.

Das politisch-satirische Kabarett repräsentieren Gäste, wie Arnulf Rating, die Distel, Frank Lüdecke, Hans Scheibner, Simone Solga, die Herkuleskeule, die Buschtrommel, das Duo Breschke-Schuch, die Magdeburger Zwickmühle, Gisela Oechelhaeuser (siehe nebenstehende LN-Rezension) und Andreas Giebel.

Übrigens das Kabarett - Urgestein Edgar Külow erhält am 5. Oktober auf dem Walk of Fame in Mainz als erster ostdeutscher Kabarettist und Satiriker (neben Gisela May) einen „Stern der Satire“, gestiftet von der Lachmesse Leipzig. **Unser Tipp: 20.10., 20.00 Kunsthalle der Sparkasse – Satirische Lesung „Koslowkis Abenteuer“**

SO SEHE ICH DAS

Polis-Theorie und linke Kommunalpraxis



Für populistisches Larifari haben wir keinen Platz in unserer Zeitung. Deshalb setzen wir uns bisher auch nie mit dem den jetzt in Rente gehenden ersten PDS-Oberbürgermeister dieses Landes auseinander. Die Realität widersprach ihm eh. Der Hoyerswerdaer Horst-Dieter Brähmig glaubte jetzt bei seinem Abschied wie 1994 bei seinem Amtsantritt immer wieder behaupten zu müssen,

es gäbe keine linke Kommunalpolitik, sondern nur gute oder schlechte (wozu gibt es dann überhaupt eine linke Partei in den Stadtparlamenten, wie unterscheidet sie sich von CDU oder SPD?) Wenn Brähmig nun aber – im *Neuen Deutschland*, einer sozialistischen Zeitung immerhin, widerspruchslos zitiert wird – die Wurzeln seines Amtsverständnisses verfolge er zurück bis in die griechische Polis, die er als Bürgergesellschaft bezeichnet, dann ist Schluss mit Lustig. Ein PDS-Oberbürgermeister sollte bei solchen Aussagen schon wissen, dass die griechischen Polis nicht schlechthin starke Bürger-Stadtstaaten waren, sondern von einer Großgrundbesitzeraristokratie brutal regiert wurden. Einige von den Untertanen erzwungene Reformen brachten nach Aristoteles lediglich eine durch oligarchische und aristokratische Elemente gemäßigte althergebrachte Demokratie. Die unterste soziale Gruppe bildeten notabene die Sklaven, ohne die die Polis kaum zu bedeutender Wirtschaftskraft gekommen wären. Frauen waren keine Vollbürger, sie besaßen kein Wahlrecht, sie waren nichts ... alles in allen vielleicht doch nicht so abwegig der Vergleich mit heute.

Darauf beruft sich ein Politiker (mit PDS-Parteibuch in der Schublade zum Glück)? Damit wir uns nicht falsch verstehen: In Hoyerswerda wurde, weil es einen linken Bürgermeister gab, der wiederum eine sehr starke Stadt-

ratsfraktion hatte, am Ende ja doch linke Kommunalpolitik praktiziert, gegen die die bürgerlichen Parteien nicht ankamen. An Privatisierungen städtischen Eigentums beispielsweise wurde nicht einmal gedacht. Trotz dieser schwabigen „Polis-Wurzel“. Wobei jegliche Unabhängigkeit als „Stadt-Staat“ ohnehin am planmäßig ruinierten Industrie-, und damit am Finanzhintergrund scheiterte. Weshalb linke Kommunalpolitiker unter anderem vehement eine Gemeindefinanzreform fordern, um die öffentliche Daseinsvorsorge nicht nur auf Pflichtaufgaben zu beschränken. Wobei, das ist ein eigenes Thema. Die sogenannte Daseinsvorsorge wird ja immer mehr reduziert und bedarf einer Neuformulierung, wie übrigens in Sachsen schon vor Jahr und Tag als Aufgabe „linker Kommunalpolitik“ festgeschrieben.

Der Verzicht beispielsweise auf Privatisierungen, seien es nun Wohnungen oder Krankenhäuser oder städtische Versorgungsbetriebe, ist nicht nur schlechthin gute Kommunalpolitik, weil sie die Interessen der Bürger vertritt, es ist ein Kennzeichen linker Politik. Gäbe es dieses linke Element nicht, gäbe es längst überhaupt keinen Schutz mehr für das Tafelsilber der Städte, das ihnen einigen sozialpolitischen Gestaltungsspielraum verschafft. Dennoch ist es für SPD über Grüne bis CDU und FDP zur Schleudermasse geworden. Partiiell allerdings auch schon für Linke. Trotz des Mahners, des Rufers in der Wüste Oskar Lafontaine. Für ihn heißt es „stets kritisch prüfen, dass wir aber niemals unsere Kernforderungen dabei aus dem Auge verlieren dürfen, so wie die Grünen es vom Pazifismus zur Bejahung völkerrechtswidriger Kriege geschafft haben, von der Partei der ursprünglichen sozialökologischen Orientierung zur Partei des Sozialabbaus. Einen solchen Weg dürfen wir niemals gehen. Da verzichten wir lieber auf jede Form der Beteiligung, in Gemeinden, in den Ländern und im Bund.“ Klare Worte.

Für Leipziger Linke, für die Mitglieder ihrer Stadtratsfraktion ist der Begriff linke Kommunalpolitik selbstverständlich. Theoretisch. Die Praxis ist mitunter etwas komplizierter.

Beispiel: Jedem Langzeitarbeitslosen sei jeder Euro zusätzlich von Herzem gegönnt, weshalb die Linksfraktion im Rathaus über Kritik an einem ABM-Projekt *Bürgerdienst LE* – mit blauem T-Shirt erkenntlich gemacht – nicht eben erfreut ist. Dennoch, ich wage sie. Während im Rahmen dies etwas unausgereiften Projekts ein Zweiertrupp von ABMlern immer gerade dort zufällig auftauchen sollen, wo ein Bürger nach einer Straße oder einer Behörde sucht, wo ein Kind stürzt und Hilfe herbeitelefoniert werden muss, und ähnliches mehr, sollen Ein-Euro-Jobber in Straßenbahnen Ähnliches tun. Wer entscheidet, wer jetzt Arbeitsloser erster und zweiter Klasse ist, wer einen Euro die Stunde bekommt oder endlich wieder einen erklecklichen ABM-Lohn? Ist solche Differenzierung, gut fürs städtische Klima? Können es linke Kommunalpolitiker dulden, dass ALG-II-Empfänger, eh schon als Sozialschmarotzer stigmatisiert, als Müllimer oder Schlaglochfüller der Nation missbraucht werden, wie eine Stuttmann-Karikatur die Tiefenseesche Straßenbahnaktion sarkastisch zuspitzte. Ist es linke, also gute Kommunalpolitik, wenn es zu solchen Ideen nur kraftlose Statements im Nun-ja-Bereich gibt? Was steckt denn wirklich hinter den Zusagen der LVB, aus diesen Tätigkeiten in ein paar Jahren reguläre Jobs werden zu lassen? Warum nicht sofort? Weil's zuviel kostet? 2009 ist das Geld plötzlich da? Soviel Fragen. So wenige Fragesteller ...

Viel Handlungsspielraum also noch für linke Kommunalpolitiker. Falls die sich nicht nur noch als Pragmatiker verstehen, als Leute, die alles akzeptieren, solange es „nützlich“ ist. Jeder Arbeitsplatz sei nützlich. Wirklich? Vielleicht sollten all die Realos, wie sich Pragmatiker auch nennen, vergegenwärtigen, dass blankes Nützlichkeitsdenken die Moral ausklammert. Was wiederum so manche gutgemeinte Handlung relativiert. Ein-Euro-Jobs jedenfalls sind weder nützlich, noch richtig. Sie tragen lediglich dazu bei, die Finanzkraft des Staates zu verringern. Vor allem sind sie verantwortungslos und unmoralisch. Sie passen zu rechter Kommunalpolitik.

• MAXI WARTELSTEINER



Die Katze ist aus dem Sack

In einer Diskussionsrunde in Leipzig hat Staatsminister Buttolo erstmals zugegeben, er könne bei der Verwaltungsreform betriebsbedingte Kündigungen „im Einzelfall“ nicht ausschließen.

Nun ist die Katze aus dem Sack. Während es im bisherigen Kabinettsbeschluss vom 10. 12. 2005 zu den Eckwerten der Verwaltungs- und Funktionalreform unter Ziffer 4 noch beschwichtigend heißt, der Personalübergang und der notwendige Personalabbau werde unter Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Vertretungen sowie der Gewerkschaften sozialverträglich umgesetzt, wird nun eine härte Gangart eingelegt. Es ist ein böser Treppenwitz, dass Buttolo offenbar von den Personalräten, von Ver.di und anderen Gewerkschaften erwartet, dass sie „sozialverträglichen“ betriebsbedingten Kündigungen zustimmen. Die Sozialdemokraten, die im Landtag gerade die zitierte Passage des Kabinettsbeschlusses lautstark als großen Erfolg des kleinen Koalitionspartners gefeiert und bisher betriebsbedingte Kündigungen bei dieser Reform definitiv ausgeschlossen haben, müssen sich nun fragen lassen, ob sie in der Lenkungsgruppe der Staatsregierung nicht ein weiteres Mal kräftig verkohlt worden sind.

• **DR. MICHAEL FRIEDRICH**, Obmann der Linksfraktion

Staatsminister ignoriert Landtagsbeschluss und will rücksichtslos abschieben

Ab nach Afghanistan?

Man kann es kaum anders deuten: Sachsens Innenminister will sich sogar in der eigenen Partei als Hardliner profilieren. In einem Interview fordert Albrecht Buttolo (CDU) ein wesentlich schärferes Bleiberecht für Immigranten als Bundesinnenminister Schäuble, der eine Art Bestandsschutz plant.

Am 22. Juni hatte der Landtag auf Initiative der Linkspartei die Regierung und den Innenminister ersucht, sich für eine „humanitäre Altfallregelung“ einzusetzen.

LN. Das Sozialministerium will Personal für die überörtliche Jugendarbeit in Sachsen abbauen und rund 400 000 Euro bei der Jugendhilfe einsparen. Grund sei die demografische Entwicklung. „Eine unvernünftige Reaktion“, sagt Freya-Maria Klinger, jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag. Allein die steigende Zahl rechtsextremistischer Straftaten an Schulen mache deutlich, wie nötig die Beibehaltung der bisherigen Ausga-

benhöhe sei. Gekürzt werde zudem bei der „freien Jugendhilfe“, nicht bei kirchlichen und SPD-nahen Verbänden. Fraktionskollege Falk Neubert befürchtet zusätzliche Kürzungen auf kommunaler Ebene. Für Städte wie Dresden und Leipzig ginge es dabei um etwa 350 000 Euro.

Der Leipziger Stadtrat Rüdiger Ulrich fordert im Namen der Linkspartei alle Landespolitiker auf, keine Streichungen im Ju-

gendhilfebudget zuzulassen. Da auch die Stadt einsparen will, drohe Leipzig eine Kürzung von insgesamt 600 000 (!) Euro.

dem im Vorschulalter“ sowie Familien ohne ausreichenden Wohnraum „eine Reintegration in ihrem Heimatland zumutbar“. „In einem dieser Heimatländer, Afghanistan, trauen sich selbst die entsandten deutschen Soldaten nur selten aus ihren Stützpunkten“, kommentiert Dr. Cornelia Ernst von der Linksfraktion. „Wir verlangen eine Sondersitzung des Innenausschusses – und klare Distanzierung von den unbarmherzigen und inkompetenten Äußerungen Buttolos.“ • **gb**

Jugendarbeit von Kürzungen bedroht

gendhilfebudget zuzulassen. Da auch die Stadt einsparen will, drohe Leipzig eine Kürzung von insgesamt 600 000 (!) Euro.

Im Festumzug

Was mag Dresdens Spätbürger Milbradt auf der 800-Jahrfeier-Tribüne gedacht haben?

Rotarmistin regelt Verkehr, Aufbau im Blauhemd, Kleingärtner frohgemut, Kultur vom Feinsten, NVA-Soldaten friedlich am Steuer? – Na bitte, es geht doch!

Klageflut

LN. Bei Sachsens Sozialgerichten gingen im ersten Halbjahr 5273 Klagen und 654 Eilverfahren ein – rund 2330 Verfahren mehr als im Vorjahreszeitraum. Am stärksten nahmen die Klagen zum Arbeitslosengeld II zu. Sie betrafen zumeist Unterbringungs- und Heizkosten sowie Zwangsumzüge, teilte das Justizministerium mit.

Mehr als verdoppelt haben sich die Eingänge auch am Leipziger Sozialgericht. Zurzeit sind hier 1319 Verfahren wegen Hartz IV anhängig. Die Hälfte der Klagen zum Arbeitslosengeld war im ersten Halbjahr erfolgreich.

Rückzahlung

LN. Das Landeskartellamt hat die Stadtwerke Riesa GmbH aufgefordert, ihren Tarif- und Heizgassonderkunden rund 166 000 Euro zu erstatten. Die Firma habe vom 1. November 2005 bis 31. März 2006 ihre marktbeherrschende Stellung missbräuchlich ausgenutzt und überhöhte Preise verlangt.

Insgesamt drohen den Sachsen zum 1. Januar 2007 wieder höhere Strompreise. Die Stadtwerke Leipzig, die Dresdner Drewag, die Chemnitzer Enviam und 30 weitere Stromversorger stellten entsprechende Anträge an das Wirtschaftsministerium.

Zerschlagung

LN. Die Linksfraktion im Landtag fordert die Staatsregierung auf, „die unsinnigen Pläne zur Kommunalisierung wichtiger Aufgaben des Staatsbetriebes ‚Sachsenforst‘ zurückzunehmen“. Die Forstarbeiter dürften nicht „auf dem Altar einer ohnehin verkorksten Funktionalreform geopfert werden, nur um irgendein Begründungsmuster für die geplante Kreisgebietsreform hinzubiegen“. Es bestehe große Gefahr, dass die Zerschlagung des erst zu Jahresbeginn gegründeten Staatsbetriebs nur der erste Schritt zur Privatisierung der Wälder ist.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im August

Lichtblick vorbei

Die Erwerbslosigkeit im Agenturbezirk Leipzig stieg im August auf 70 755 Personen (+ 1282). Das sind 9216 Arbeitssuchende weniger als im Vorjahreszeitraum (und etwa so viel wie im Jahr 2000), doch mit 18 Prozent hat die Region wie bisher die zweithöchste Arbeitslosenquote Sachsens. 9027 Personen meldeten sich neu oder erneut arbeitslos – 11 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Auf eine gemeldete Stelle kommen im Dienstleistungsbereich 14 Arbeitssuchende, bei Bau- und baunahen Berufen 8, bei technischen Berufen 6, bei „grünen“ Berufen 5 und bei Fertigungsberufen ohne Bau 4.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist mit 47 Prozent unverändert hoch. Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 stieg um 2000. Beunruhigend der Ausbildungsstellen-„Markt“: 7 Prozent weniger als im Vorjahr und 30 Prozent weniger als 2004!

Auch in Sachsen insgesamt stieg die Zahl der Arbeitslosen nach wenigen Monaten Lichtblick wieder an (+3744). Am Monatsende waren 353 246 Sachsen ohne Job (Quote: 16,2). Hauptgrund des Anstiegs: wachsende Jugendarbeitslosigkeit. 50 000 Menschen unter 25 fanden keine Arbeitsstelle.

Leipzigs Arge-Leiter und der LVB-Chef gaben bekannt: Tiefensees umstrittenes Projekt des freiwilligen dreijährigen **Bus- und Bahneinsatzes von Alg II-Empfängern** startet am 15. 11. in Leipzig. 300 Langzeitarbeitslose sollen 30 Wochenstunden arbeiten – für ein Entgelt von 100–150 Euro und Monatskarte (zusätzlich zum Alg). Analoge Einsätze sind im Kundenservice vorgesehen. „Bei Eignung“ wird nach Qualifizierung eine Festanstellung versprochen. • **J. SPITZNER**

22. August

Leipzig. Nach massiven Protesten aus der Region erhält die Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Arbeitsagentur (Arge) 3,8 Millionen Euro zugesichert. Im Juni hatte ihr der Bund per Haushaltssperre 13,9 Millionen Euro gestrichen. „Die Arge ist weiterhin nicht voll handlungsfähig“, warnt ihr Chef Andreas Zehr.

23. August

Leipzig. Oberbürgermeister Burkhard Jung und Baubürgermeister Martin zur Nedden lehnen die Beteiligung der Stadt an Mehrkosten für den City-Tunnel ab.

24. August

Dresden. Der Stadtrat entscheidet, gegen einen behördlich verordneten Baubeginn der Waldschlösschenbrücke vorzugehen. Die Stadt legt beim Regierungspräsidium Widerspruch gegen den Baubeginn ein.

Kamenz. Sachsens Geburtenzahl ging 2005 erneut zurück, meldet das Statistische Landesamt. 32 581 Kinder wurden geboren – 463 weniger als 2004. Die Zahl der Sterbefälle stieg um 654 auf 48 908. Das Geburtendefizit betrug somit 16 327 Personen (ein Jahr zuvor: 15 210).

SACHSEN-CHRONIK

22. August bis 4. September

Dresden. Landtagsdirektor Christopher Metz erhält für 40 800 km Privatfahrten mit Dienstwagen und weitere Fälle von Fehlverhalten lediglich einen Verweis.

Dresden. Mit drei zu zwei Stimmen entscheidet die Schiedskommission der Linkspartei gegen den Antrag auf Parteiausschluss von sechs Dresdner Stadträten. Sie stellt aber fest, dass deren Zustimmung zum Verkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaft WOBA gegen das Parteiprogramm verstieß.

25. August

Dresden. Das Regierungspräsidium vergibt erste Bauaufträge für die Waldschlösschenbrücke.

Triebel (Vogtland). Etwa 30 Jugendliche überfallen nachts eine mit Dorfbewohnern im Zwist liegende Zirkusfamilie

und zerstören deren Zelt und Mobilar.

28. August

Leipzig. Der von Bundesverkehrsminister Tiefensee angeregte Einsatz von Erwerbslosen als Begleitpersonal in Bussen und Bahnen wird zuerst in Leipzig verwirklicht, kündigt ein Ministeriumssprecher an. (Siehe Arbeitsmarktbericht.)

Dresden. Das Verwaltungsgericht setzt die Vergabe von Bauleistungen für die Waldschlösschenbrücke vorläufig aus.

30. August

Pirna. Der stellvertretende Landesvorsitzende und Fraktionssprecher der NDP, Uwe Leichsenring, prallt bei einem Überholmanöver gegen einen Lkw und erliegt am Unfallort seinen Verletzungen.

Kamenz. Nach langjährigem Rückgang stieg 2005 die Zahl der Adaptionen in

Sachsen, teilt das Statistische Landesamt mit. 223 Kinder und Jugendliche, davon 24 aus dem Ausland, fanden neue Eltern.

31. August

Leipzig. Harte Bürde auch für den Stadthaushalt: Das Sozialamt registriert rund 7000 Bedarfsgemeinschaften und 118 362 unterstützungsbedürftige Personen.

1. September

Dresden. Die Linksfraktion.PDS bringt im Landtag das *Gesetz zur Reform der Hochschulen im Freistaat Sachsen und zur Änderung der Verfassung des Freistaates Sachsen* ein. Es soll u. a. die weitgehenden Eingriffskompetenzen der sächsischen Ministerialbürokratie beschränken und die Hochschulautonomie erweitern.

Dresden. Das Barockmuseum „Grünes Gewölbe“ wird im restaurierten Schloss offiziell wiedereröffnet.

4. September

Dresden. Das Landgericht verurteilt den suspendierten Oberbürgermeister Ingolf Roßberg (FDP) wegen Untreue und Beihilfe zum Bankrott zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten auf Bewährung und zu gemeinnütziger Arbeit.

Zunehmende Debatten um Mindestlohn

Die politischen Diskussionen über Mindestlohnmodelle in Deutschland haben in den letzten Wochen deutlich zugenommen. Doch zunehmende Quantität bedeutet nicht automatisch auch zunehmende Qualität. Im Gegenteil: Es besteht durch verschiedene Ansätze die Gefahr, dass das Ziel, einen gesetzlichen Mindestlohn (GML) einzuführen, sei es nun in einer Höhe von 7,50, 8,00 oder 9,00 Euro pro

Von **MARTIN LESCH**

Stunde, durchkreuzt, unterlaufen oder verwässert wird.

OWUS: Abweichungen vom Mindestlohn gefordert

Es gibt im Umfeld der Linkspartei, insbesondere in dem ihr nicht allzu ferne stehenden ostdeutschen Kleinunternehmerverband OWUS, Kräfte, die dafür eintreten, dass vom GML „durch individuelle Vereinbarung“ nach unten abgewichen werden könne, wenn dies „zur Sicherung der Existenz des Unternehmers“ bzw. zum „Erhalt von Arbeitsplätzen“ erforderlich sei. Diese nach der Wende eher gewungenermaßen denn durch freie Willensentscheidung zu (Schein-)Selbständigen gewordenen Kleinstunternehmer überleben vielfach nur dadurch, dass sie sich selbst und ihre zumeist wenigen Beschäftigten gehörig ausbeuten. Auf diesem Hintergrund ist ihnen zumeist weder die volkswirtschaftliche Bedeutung von Flächentarifverträgen noch die eines GML in der kapitalistischen Gesellschaft klarzumachen, denn beides wird aus ihrer Sicht als unflexibles, sie in ihrer Existenz bedrohendes bürokratisches Instrument der Gewerkschaften gesehen. Zwar haben beide Instrumente für sie durchaus die charmante Wirkung, ihr Unternehmen vor Schmutzkonkurrenz anderer Unternehmen durch Dumpinglöhne zu bewahren. Nur selber möchte man sich dann doch zu gerne von dieser lästigen Fessel bei Bedarf befreien können. Sei es nun, um Vorteile gegenüber Wettbewerbern zu ergattern, oder sei es, um für sich selber am Monatsende zumindest das



gleiche oder doch mehr als die „eigenen“ Beschäftigten übrig zu behalten. Es liegt auf der Hand, dass, ist ein GML auf diese Weise nach unten aufgebohrt, die Unterschreitung dieser Untergrenze nicht die Ausnahme bliebe, sondern die Regel werden würde. Deshalb sind die Mindestlohn-Bekundungen aus OWUS-Kreisen, sofern sie mit der Möglichkeit des Abweichens vom GML durch „individuelle Vereinbarung“ verknüpft werden, ein Bärendienst für die Bestrebungen von Linksfaktion im Bundestag und der Gewerkschaften ver.di und NGG.

Das Arbeitnehmerentsendegesetz

Wesentlich gefährlicher als diese leicht durchschaubaren Absichten einiger Kräfte sind jedoch Strategien, die teilweise in den Zentralen von ver.di, IG BAU, DGB und SPD verfolgt werden. Dort geht es z. B. in den Branchen Gebäudereinigung oder Zeitarbeit den zuständigen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden darum, durch eine Ausdehnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) auf ihre Branchen leichter zu einer Allgemeinverbindlichkeit ihrer „Mindestlohn“-Tarifverträge zu kommen, als es aufgrund der Allgemeinverbindlichkeits-Bestimmungen des Tarifvertragsgesetzes (TVG) möglich wäre. Laut Entsendegesetz gelten bisher nur im Bauhaupt-, im Abbruch- und Abwrackgewerbe sowie im

Maler- und Lackierer- und Dachdeckerhandwerk für allgemeinverbindlich erklärte Mindestlöhne. Nach dem AEntG kann das Wirtschaftsministerium die in diesen Branchen abgeschlossenen Tarifverträge auf Antrag der Tarifvertragsparteien, also auch ohne Zustimmung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), für allgemeinverbindlich erklären. Über das TVG ist eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) von Tarifverträgen jedoch nur möglich, wenn die tarifgebundenen Arbeitgeber nicht weniger als 50 Prozent der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer beschäftigen. Außerdem bedarf die AVE bei bundesweiten Tarifverträgen des Einvernehmens mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestehenden Ausschuss. Und die BDA versucht in den letzten Jahren zumeist erfolgreich, die AVE von jeglichen Tarifverträgen zu verhindern.

Für die DGB-Gewerkschaften, z. B. auch ver.di, ist es interessant, dass man durch eine Einbeziehung ins Entsendegesetz leichter zur AVE des „Mindestlohn“-Tarifvertrages Zeitarbeit gelangen könnte. In Ostdeutschland enthält dieser im Mai 2006 abgeschlossene Tarifvertrag in der untersten Lohngruppe für 2006 einen Mindeststundenlohn von 6,10 Euro pro Stunde. 2007 erhöht sich der Lohn auf 6,22 Euro, 2008 auf 6,36. Das ist zwar im Osten noch weit von ver.di's Einstiegs- punkt von 7,50 Euro und meilenweit von ver.di's Zielmarke von 9 Euro für den GML entfernt. Aber es ist doch deutlich mehr als der zwischen der „Christlichen Gewerkschaft Zeitarbeit und Personalservice“ (CGZP) und dem „Arbeitgeberverband mittelständischer Personaldienstleister“ (AMP) abgeschlossene Gefälligkeits-Tarifvertrag. Dieser sieht für 2006 5,60 Euro und für 2007 5,77 Euro als untersten Stundenlohn vor. Würde das DGB-Tarifvertragswerk für die Zeitarbeiter infolge der Einbeziehung der Zeitarbeitsbranche in das Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt, wären damit die „christlichen“ Dumpingtarife ausgehebelt und überwunden. Manche DGB-Gewerkschafter und SPD-Politiker erhoffen sich durch die kürzlich vom Bundeskabinett beschlossene Einbezie-

hung der Gebäudereiniger und durch die von etlichen SPD-Politikern angestrebte, von manchen CDU-Politikern jedoch heftig kritisierte Einbeziehung der Zeitarbeiter in das Entsendegesetz und die erleichterte AVE dieser Tarifverträge erste bedeutende Schritte auf dem Weg zu einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Tariflos und Hungerlöhne?

Die Gefahr, dass dies in der großen Koalition die letzten Schritte bleiben könnten und dann unter Verweis auf die Ausweitung des Entsendegesetzes auf die Einführung eines GML gänzlich verzichtet werden könnte, sollte man allerdings nicht unterschätzen. Die Folge wäre dann, dass in der wachsenden Anzahl von Branchen, in denen es wegen des geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrades gar keine Flächentarifverträge gibt, weiterhin keinerlei untere Auffanglinie für die Löhne erreicht wäre. Dort könnten dann die Krauterträume von den „individuellen Vereinbarungen“ weiterhin traurige Urständ feiern.

Dazu hatte schon 1933 der damalige US-Präsident Roosevelt das Richtige gesagt: „Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. (...) Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum – ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.“

Weichenstellung bis Ende 2006

Im Herbst 2006 werden im Bundestag die Weichen für oder gegen den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn gestellt. Unter www.mindestlohn.de/initiative/mdb_check_mindestlohn/ kann man mit „seinen“ Bundestagsabgeordneten per e-mail Kontakt aufnehmen und sie fragen, wie sie es mit dem gesetzlichen Mindestlohn halten. Im September und Oktober werden auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen in ganz Deutschland die regionalen Bundestagsabgeordneten zur Stellungnahme aufgefordert. In Sachsen z. B. am 13. September 2006 von 17 Uhr bis 19.30 Uhr im BfW-Dresden, Hellerhofstraße 35.

Gebt 8!



Unzureichende Nahost-Position

MONIKA KNOCHÉ:

Europa ist von einer gemeinsamen Außenpolitik noch weit entfernt: Während Finnland vor-

schlägt, Gespräche mit der Hamas aufzunehmen, und Italien für enge Gesprächs- und Verhandlungsebene mit der Hisbollah eintritt, hat sich Deutschland im Nahost-Konflikt auf der Seite der USA auf eine rein proisraelische Position festgelegt. Dies halten wir für unzureichend. Ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten ist nur möglich, wenn eine Lösung für den Israel-Palästina-Konflikt gefunden wird, die nur in einer Zwei-Staaten-Lösung bestehen kann. Nur durch Gespräche mit allen Seiten können hier Fortschritte gemacht werden. Darum fordern wir die Bundesregierung auf, die Position der finnischen Regierung zu unterstützen.

Schwadronierer

OSKAR LAFONTAINE:

Die Verschiebung der Entscheidung der Bundesregierung über den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der UNO-Mission im Nahen Osten zeigt, wie unprofessionell die Außenpolitik der

Regierung Merkel ist. Das ständige Schwadronieren von Regierungsmitgliedern über den Einsatz der Bundeswehr im Nahen Osten steht in merkwürdigem Gegensatz zu der Tatsache, dass die libanesische Regierung noch keine deutschen Soldaten bei der UNO angefordert hat.

Die Fraktion DIE LINKE. bleibt dabei: Soldaten der Bundeswehr haben im Nahen Osten nichts verloren. Wer, wie die Regierung Merkel, in unbedachter Weise deutsche Soldaten in alle Welt entsendet, holt den Terror nach Deutschland.

Volkszählung

ULLA JELPKE:

Wie vor 20 Jahren bringt die Regierung als eines der Argumente für die Volkszählung vor, damit eine Basis für Planungen und Entscheidungen kommunaler Verwaltungen schaffen zu wollen. Allerdings: Die Kommunen müssen in ihrer Verwaltungstätigkeit und in der Stadtplanung ohnehin entsprechende Daten erheben. Nach kurzer Zeit

sind die Daten einer Volkszählung nicht mehr aktuell.

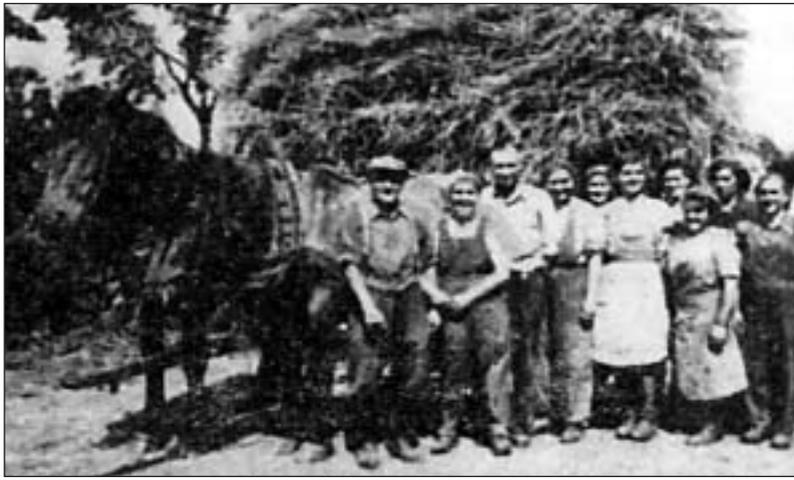
Aus datenschutzrechtlicher Perspektive ist die geplante Volkszählung nicht weniger problematisch als die letzte. Diese Dateien sollen zwar wieder gelöscht werden. Aber wer weiß, ob nicht in diese Richtung nachgelegt wird, wenn man sie einmal hat.

Schließlich: Steuergerechtigkeit als einen Grund für die Notwendigkeit einer Volkszählung anzuführen (Bundesinnenminister Schäuble) ist geradezu absurd. Die steigende Belastung gerade der kleineren Einkommen durch indirekte Steuern, die milliarden schwere Entlastung der oberen Einkommensgruppen und der Kapitaleigentümer ist bekannt. Die unteren Lohngruppen müssen einen immer größeren Teil der Lasten tragen, Lohnsteuer und indirekte Steuern haben einen immer größeren Anteil an der Gesamtsteuerlast. Um dieses System gerechter zu gestalten, brauchen wir keine Volkszählung

Zivilcourage



LN. Der engagierte Arzt und Wissenschaftler, Prof. Siegwart-Horst Günther erhält den Preis für Zivilcourage der Solbach-Freise-Stiftung. Die Ehrung bezieht sich ausdrücklich auf seinen weltweit ersten Nachweis, dass die USA im zweiten Golfkrieg im Irak Geschosse aus abgereichertem Uran einsetzten. Der mit 4000 Euro dotierte Preis wird ihm am 9. September in der Ev. Akademie Iserlohn innerhalb eines Seminars für Zivilcourage verliehen.



Ernte 1953 in der LPG „Einigkeit“ Gehrden



Der S4 auf den Feldern Anfang Juli 1953

Der Autor des folgenden Beitrags war von 1967 bis 1974 Lehrer in Lübs, Kreis Zerbst. 1969 verfasste er die Broschüre „Vom Ackerpferd zum E 512 – Aus der Geschichte der LPG Einigkeit Gehrden, Kreis Zerbst“. Die LPG wurde 1953 gegründet. Die Publikation wurde auf der „agra“ 1969 in Leipzig-Markkleeberg ausgezeichnet. Auf sie stützt sich der Autor in seinem Rückblick.

Vor 53 Jahren startete die LPG „Einigkeit“ Gehrden

Es begann mit 1 PS

Von **GÜNTHER RÖSKA**

Zu DDR-Zeiten gehörte die ehemalige LPG „Einigkeit“ Gehrden zu den größten landwirtschaftlichen Betrieben im Kreis Zerbst. 1953 wurde sie gegründet und schrieb bis zu ihrem Ende in der „Wendezeit“ ein Stück Geschichte der Genossenschaftsbewegung des Zerbster Landes mit. Besonders in ihrem Einzugsgebiet (Gehrden, Lübs, Prödel, Dornburg) gab sie dem dörflichen Leben maßgebliche Impulse. Bereits 1960 erhielt die LPG „Einigkeit“ in Anerkennung ihrer vorbildlichen Arbeit auf dem VI. Deutschen Bauernkongress in Rostock den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze. An einige Fakten besonders aus dem Gründungsjahr soll hier erinnert werden. Das ist weder Nostalgie oder gar „Ostalgie“, sondern die Achtung vor Leistungen, die von Menschen auf dem Lande in der Nachkriegszeit unter den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR vollbracht wurden.

Am 27. Januar 1953 schlossen sich in Gehrden neun Neubauernwirtschaften mit 16 Neubauern und -bäuerinnen in freier Entscheidung zur landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Typ I zusammen. Zu den ersten Mitgliedern der LPG gehörten: Walter Arndt, Anna Arndt, Max Bernasinski, Marie Bernasinski,

Margarete Bonk, Ernst Nohl, Sophie Nohl, Walter Reinsch, Hedy Reinsch, Siegfried Schemionek, Alois Schöbel, Amalie Schöbel, Walter Schöbel I, Ruth Schöbel, Walter Schöbel II, Irmgard Schöbel. Die LPG hatte zu diesem Zeitpunkt eine Fläche von 48,13 Hektar Acker und 2,34 Hektar Wiese. Am Ende des Jahres 1953 stieg die Zahl der Mitglieder auf 25 (11 Männer und 14 Frauen) sowie die Zahl der Betriebe auf 11 mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 101 Hektar. Die offizielle Gründungsfeier fand am Abend des 28. Januar 1953 im MTS-Stützpunkt (Maschinen-Traktoren-Station – LN) Gehrden statt. Der Vorstand setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Walter Schöbel I (Vorsitzender), Walter Reinsch (1. Stellvertreter), Margarete Bonk (2. Stellvertreterin). Buchhalter wurde Siegfried Schemionek.

Die erste Vollversammlung fand am 9. März 1953 statt. Die Mitglieder beschloßen den Produktions- und Finanzplan. Das Handelskontor Zerbst verpflichtete sich, die LPG gut zu unterstützen. Die Betreuung des Viehs wurde mit Tierarzt Dr. Siebeck aus Zerbst vereinbart. Tatkräftig wurde die junge LPG von der MTS Gehrden unterstützt. Das war auch notwendig, denn die Genossenschaftsbauern besaßen anfangs nur ein Pferd! (Am 30. April wurde dann sogar ein Freundschaftsvertrag zwischen LPG und MTS unterzeichnet.) Am 19. März

1953 konnte die LPG „Einigkeit“ Gehrden als erste Genossenschaft im Kreis melden: Frühjahrsbestellung bis auf Kartoffel- und Rüben Aussaat beendet. Vorbildliche Leistungen wurden auch bei der Erfüllung des I. Quartals in tierischen Erzeugnissen vollbracht.

Mit der Übernahme des Thiemann-Betriebes Ende April 1953 wurden Möglichkeiten geschaffen, zum Typ III (d. h. vollgenossenschaftlich – LN) überzugehen. Das geschah dann auch in der Vollversammlung am 9. Mai. Im Juni 1953 sah der Viehbestand folgendermaßen aus: 19 Jungvieh und Kälber, 19 Kühe, 19 Schafe, 44 Schweine, 6 Pferde. Anfang Juli 1953 brachte den Gehrdenern ein besonderes Ereignis: Der erste Mähdescher im Kreisgebiet, der sowjetische „S 4“, mähte und drosch die Wintergerste der LPG „Einigkeit“ am Schorauer Weg. Ein Landarbeiter erklärte damals einem Mitarbeiter der „Volksstimme“ Zerbst: „Ich habe schon viel gesehen und erlebt. Seit 1945 hat sich bei uns schon manches verändert, wovon wir in der Vergangenheit nicht einmal zu träumen wagten. Aber beim ‚S 4‘ bleibt mir die Spucke weg.“

Auf dem Zerbster Heimatfest wurde die Gehrdenener LPG am 15. August 1953 von den 33 Genossenschaften des Kreises als beste geehrt. Sie erhielt eine Prämie von 1000 Mark und die Wanderfahne des Rates des Kreises. Am 22. August 1953 führten die Gehrdenener Genossenschafts-

bauern ihr erstes Erntefest im Kulturraum der MTS Gehrden durch. Einen Höhepunkt des Abends bildete das von Bürgermeisterin Heidecke gedichtete Lied über die LPG-Mitglieder und ihre Arbeit. Es begann so:

„In Gehrden unserer LPG
zu Pate stand 'ne gute Fee!
Einigkeit sie ihr verlieh,
darob sie stolz und gut gedieh!“

Das sollte sich auch in den folgenden Jahren bewahrheiten. Vor allem spürten die Menschen in den vier Ortschaften das soziale sowie kulturell-sportliche Engagement ihrer LPG. Dank Eigeninitiative der LPG entstanden beispielsweise 1962 in Lübs ein moderner Kindergarten und eine Kinderkrippe mit einem Kostenaufwand von 68 000 Mark. Es gab eine Volkstanzgruppe bzw. einen Chor der LPG. Nicht selten waren Künstler zu Gast. So fand z. B. im November 1968 die Premiere des sowjetischen Films „Der 6. Juli“ in der HO-Gaststätte Lübs statt. Auf sportlichem Gebiet unterstützte die LPG die Sektionen Fußball, Tischtennis, Reiten und Leichtathletik.

Auch das Ausland wurde aufmerksam auf die rührige Genossenschaft. Eine Reihe von Delegationen aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern besuchten die LPG hauptsächlich im Zeitraum von 1961 bis 1965. So studierte eine polnische Delegation unter Leitung des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz 1961 Aufbau und Organisation der Gehrdenener Genossenschaft. Tschechische Genossenschaftsbauern stellten ihren Kollegen Fragen über ihre Arbeit. Delegationen aus Österreich, Italien, Frankreich, Marokko, Belgien und der BRD informierten sich über den Stand der Landwirtschaft in der DDR, über die Arbeit und das Leben der Genossenschaftsbauern. Im Spätherbst 1965 machte sogar eine japanische Fernsehgesellschaft Aufnahmen in der LPG „Einigkeit“ Gehrden.



Die DEFA „ackerte“ mit ...

Ende der 50er Jahre mühten sich die Filmschaffenden aus Babelsberg, auch ihre „Wege übers Land“ zu finden. Nicht immer so erfolgreich wie im gleichnamigen Fernsehfilm. Als interessanter Diskussionsbeitrag zählte damals aber durchaus die zweite Regiearbeit Frank Beyers „Eine alte Liebe“, in der Gisela May die widersprüchliche Charakterstudie einer LPG-Vorsitzenden in den Zeiten des Umbruchs darstellte. Weitaus weniger gelungen hingegen die Komödie „Alwin der Letzte“, in der Einzelbauern aufs Korn genommen wurden. Im Filmlustspiel „Kein Ärger mit Cleopatra“ stand dörflicher Aberglaube im Mittelpunkt, da in manchen Ställen urplötzlich „schwarze“ Ferkel auftauchten. • M. Z.



Ein Blick in die Ausstellungshalle 1947. Zu diesem Zweck wurden die Sportgeräte der eigentlichen Turnhalle an die Seite geschoben.



Interessierte Besucher begutachten die jungen Stämmchen von Ostbäumen. Fotos: Ortschronik Markkleeberg

Wie heißt es doch so schön: „Die Zeitung ist die Konserve der Zeit.“ Dem ist sicher im Prinzip zuzustimmen, wenn es dann aber konkret wird, kommt es doch zu kleinen Problemen. Vor genau 60 Jahren gab es in Markkleeberg, kaum jemand erinnert sich noch daran, die erste Gartenbauausstellung. Trotz intensivster Suche und Befragung war in den geschriebenen Ortschroniken das Datum nicht zu ermitteln. Darum studierte ich auch für diese Recherche den kompletten LVZ-Jahrgang

Vor 60 Jahren erste Gartenbauausstellung

Es begann ohne Zeitung

Von **MICHAEL ZOCK**

des Jahres 1946. Fehlanzeige. Nicht mal eine kurze Nachricht. Sollte das Datum ein Irrtum sein? Wenn es eine erste Ausstellung gab, muss es auch eine zweite gegeben haben, also im nächste Jahrgang 1947 geblättert. Treffer. Die Überschrift lautete „Gartenbauausstellung Leipzig 1947“. Und der halbseitige LVZ-Artikel nahm noch einmal Bezug auf die Markkleeberger Premiere ein Jahr zuvor. Wir lesen: „Die erste Ausstellung nach dem Zusammenbruch wurde 1946 veranstaltet durch den Erwerbsgartenbau. Nur wenige Tage blieben für die Vorbereitung, aber sie war erfolgreich und sehr vielseitig.“ Leider wieder ohne Datum, nur der Hinweis: Vor einem Jahr. So müssen wir anno 2006 einen geschichtlich interessanten Ortstermin weiterhin relativ ungenau zwischen Ende August und Mitte September des Jahres 1946 datieren. Genauer sind aber die Flächen dieser bescheidenen Anfänge beschrieben. Nicht etwa das spätere agra-Gelände lud ein, sondern die Wiese vor dem Rathaus des Ortes. Diese, ein halbes Fußballfeld klein, sowie die Sporthalle der damaligen Gewerbeschule waren das Ausstellungsgelände. Vor allem Obst und Gemüse präsentierten die Gartenvereine der Region.

Es ging um die Frage: Wie können wir mehr ernten und die Erträge steigern? Man bedenke: Es waren die Jahre, in denen es nicht genug zu essen gab. Schon Kartoffeln und Äpfel galten als Rarität und Hühner hielt sich fast jeder Gartenbesitzer nicht nur wegen des Frühstückseis. Offiziell hieß es in einer Verlautbarung des damaligen sächsischen Ministers für Land- und Forstwirtschaft, Dr. Uhle: „In einer Zeit, in der alles getan werden muss, um das Äußerste aus dem Boden herauszuholen, kommt dem Gartenbau als der intensivsten Form der Bodennutzung für unsere Volksernährung eine besondere Bedeutung zu.“ Vor 60 Jahren begann auch die von der sowjetischen Militäradministration eingesetzte Bodenkommision, ehemaligen Landarbeitern und zugezogenen Kriegsflüchtlingen eine eigene Existenz als Neubauer zu ermöglichen. Bis Ende 1947 wechselten deshalb rund um die Stadt Markkleeberg fast 1000 Hektar Land den Besitzer. Ich sprach kürzlich darüber auch noch einmal mit Prof. Dr. Oscar Baumgarten. Der langjährige spätere agra-Direktor, übrigens Jahrgang 1907 und mit seinen 99 Jahren noch ein munterer Erinnerer, war zu jener Zeit zwar noch nicht hier ansässig, aber er beschrieb mir sehr genau die Probleme, die mitunter unerfahrene Neubauern mit Bodennutzung und Erträgen hatten. Ein Dokument des

Rates des Kreises aus dem Jahre 1947, zur zweiten Markkleeberger Gartenbauausstellung herausgegeben, vermerkt: „Weitere Fehlerquellen in der Bearbeitung des so kostbar gewordenen Bodens müssen vermieden werden.“ Auch diese zweite Präsentation fand auf dem Gelände rund um das Rathaus statt. Sie war aber schon weitaus umfangreicher als ihre Vorgängerin 1946. Inzwischen hatten zumindest einige Markkleeberger auch wieder Fotoapparate, so dass wir heute Schnappschüsse des Jahres 1947 veröffentlichten können. Zu den Ausstellern zählten u. a. die Markkleeberger Baumschule Beyer, die Bornaer Feldgemüsebauer, das Staatsgut Miltitz, die Leipziger Erwerbsgemüsebauer und die Fruchterwerter aus Rötha und Panitzsch. Diese zweite Ausstellung begann am 20. September 1947 mit einer duftenden Sonderschau: „Das Blumengebinde im Wandel der Zeiten.“ Es gab außerdem Vorträge zur Bienen- und Seidenraupenzucht, zur Tabakverarbeitung und zur Züchtung – wie es damals hieß – federfüßiger Gartenhühner. Die Pelztierfarm im Waldgebiet der Lauer präsentierte ihre Nutrias. Vermerkt ist am Rande auch bescheidene Ausstellungsgastro-nomie in einem Kaffeearten. Bohnenkaffee oder Malzkaffee? Auf jeden Fall aber garantiert ohne Sahne. Jedes Jahr war nun eine solche Leistungsschau nicht nur in den sächsischen

Terminkalendern angesagt. Man mag diese tapferen Anfänge inzwischen vielleicht sogar belächeln, aber aus ihnen „keimten“ die erste große zentrale Informationsschau des Gartenbaus 1950 und ab 1952 die späteren Landwirtschaftsausstellungen auf dem Gelände des ehemaligen Herfurthschen Parkes.

Später nahm auch die Presselandschaft von dieser Universität im Grünen mehr Notiz. Begann alles – wie beschrieben – 1946 ohne Schlagzeilen, so zeigten die Zeitungsspiegel 1947 schon 50 und 1948 bereits über 100 Zeitungsartikel an. Die Besucherzahlen stiegen zwischen 1946 und 1948 von 35 000 auf 400 000 an. Bei dieser „Schau der 1000 Wunder“ war der damalige sächsische Ministerpräsident Max Seydewitz Schirmherr.

1950 gab es neben einer Gartenbauausstellung in Markkleeberg eine Landwirtschaftsausstellung auf dem Gelände der Leipziger Technischen Messe. Politiker aus dem In- und Ausland reisten in späteren Jahren zunehmend nach Leipzig-Markkleeberg, wenn die agra auf den Terminkalendern stand.

Übrigens: Prof. Baumgarten hat selbst im hohen Alter nicht eine Begegnung vergessen, die er vor über 40 Jahren als agra-Direktor mit Nikita Chruschtschow hatte. Der sowjetische Staatsmann besuchte die Ausstellung gemeinsam mit Walter Ulbricht und bekam vom Direktor spontan die so genannte „Wurst am Stengel“, überreicht. Nikita Chruschtschow – ungestüm wie meist – nahm den Maiskolben und biss hinein. Ohne prüfen zu lassen, ob die Feldfrucht nicht vielleicht ungenießbar sei. Walter Ulbricht beherrschte sich ... oder war misstrauischer ...

Ein Datum möchte ich, am Ende dieses kleinen geschichtlichen Exkurses noch erwähnen, das sich inzwischen längst in Luft auflöste. 1995 war in sächsischen Regierungskreisen angedacht und im Gespräch, die Bundesgartenschau im Jahre 2007 in Markkleeberg durchzuführen.

Grußwort von OBM Zeigner

„Wenn die Statistik innerhalb Leipzigs Mauern 1947 rund 300 000 Grabelandbesitzer nachweist und damit den Beweis liefert, dass selbst in einem mit Fug und Recht als Industriestadt bezeichneten Gemeinwesen damit praktisch jeder Familienhaushalt irgendwie eine mehr oder weniger sachkundige ‚Landwirtschaft‘ betreibt, muss sich da nicht jeder von dieser Ausstellung angesprochen fühlen?“

Möge diese Schau dem Besucher die Gewissheit vermitteln, dass Deutschland guten Willens ist, aus eigener Kraft den größtmöglichen Beitrag zu leisten, um die schwere Gegenwart durchzustehen.“

Sonstige Veranstaltungen

Filmvorführungen mit fachlichen Erklärungen (kleiner Lindensaal)

Sonnabend, 20. September

15 Uhr „Der Kleingarten im Stadtbild“.

16 Uhr „Kompostbereitung“.

Sonntag, 21. September

15 Uhr „Obstbaumschnitt im Winter“.

16 Uhr „Schädlinge des Obstbaues“.

17 Uhr „Schutzbündnis der Pflanzen“.

18 Uhr „Die wichtigsten Schutzmittel aller Pflanzen“.

Montag, 22. September

15 Uhr „Häusliche Süßmostbereitung“.

16 Uhr „Vogelschutz“.

Dienstag, 23. September

17 Uhr „Kompostbereitung“.

18 Uhr „Der Kleingarten im Stadtbild“.

Nebenstehendes Faksimile ist ein Programmzettel aus dem Jahre 1947. Die zweite Gartenbauausstellung besuchten 150 000 Gäste. Während die erste Ausstellung im Jahre 1946 nur drei Tage dauerte, war die zweite immerhin neun Tage lang.

Ohne es so zu nennen, wartete Gewandhauskapellmeister Riccardo Chailly mit einem Entdeckerkonzert auf und überraschte mit zwei hier unbekanntem Fassungen vertrauter Werke. Ganz im Sinne Mendelssohns und Schumanns stellte er zudem ein hier ebenfalls noch unbekanntes zeitgenössisches Werk in die Mitte des Programms: Aribert Reimanns „Sieben Fragmente für Orchester in memoriam Robert Schumann“. Der Abend begann mit Mendelssohns „Hebriden“-Ouvertüre in der im Dezember 1830 in Rom beendeten Erstfassung. Die kennzeichnet manche harmonischen und instrumentatorischen Schroffheiten, aber einige, in der endgültigen (dritten) Fassung entfernte Längen und reichliche Motivwiederholungen. Das hörte sich alles spannend an, wenn auch die geschlosseneren endgültige Version den Vorzug behalten dürfte. Chailly ließ die Ursprünglichkeit der ersten Fassung zwingend erleben.

Als zweite Seltenheit war Robert Schumanns vierte Sinfonie in der Einrichtung von Gustav Mahler zu erleben. Die führt keineswegs, wie manche Konzertbesucher befürchteten, zu Übersteigerungen. Im Gegenteil. Mahler ging mit großer Ehrfurcht vor und war vor allem auf von Schumann durchaus angelegte feinere dynamische Graduierung und Nuancierung bedacht. So etwa nahm Mahler dort, wo sich Schumann beim Einsatz des ganzen Orchesters mit Forte oder Fortissimo als Stär-

Entdeckungen

Von **WERNER WOLF**

kegrad für alle Instrumente begnügte, zugunsten des den Streichern anvertrauten Themas die Bläser in ein Mezzoforte zurück, differenzierte an manchen Stellen auch noch zwischen Holz- und Blechbläsern. Nur in wenigen Wendungen veränderte er die Instrumentation, verstärkte zugunsten thematischer Klarheit die ersten Violinen mit den zweiten oder die Bratschen mit den Violoncelli. Riccardo Chailly folgte ganz diesen klanglichen Verfeinerungen und führte dabei das Gewandhausorchester zu einer denkbar lebendigen Wiedergabe.

In seine „Sieben Fragmente in memoriam Robert Schumann“ fügte Aribert Reimann aufgegliedert jenes anrührende Thema ein, das Schumann in der Vorstellung, es haben ihm Engel eingegeben, im Februar 1854 zehn Tage vor seinem Selbstmordversuch nachts notierte. Der Charakter der sieben Frag-

mente und deren offene Form wird von beklemmenden, dann wieder beseeligen oder auch geisterhaften Vorstellungen geprägt, die Schumann nach Aufzeichnungen Claras in jenen Tagen durchlikt. Chailly und das Gewandhausorchester musizierten mit der ihnen eigenen Bewegtheit und Fantastik. Der großartige Truls Mörks beeindruckte in Schumanns zart besaitetem, weitgehend nach innen gerichteten Violoncellokonzert.

Ganz anders ging es im Freiluftkonzert auf dem Augustusplatz zu. Diesmal hatte Riccardo Chailly Kurt Weills „Kleine Dreigroschenmusik“, das erste Klavierkonzert mit dem hinreißend aufspielenden Pianisten Alexej Volodin sowie dem virtuosen auftrumpfenden jungen Gewandhausorchesterleiter Lukas Beno und die zweite Jazz-Suite von Schostakowitsch aufs Programm gesetzt.

Der Dirigent zeigte mit seinen Musikern sichtliches und hörbares Vergnügen. Die Suite hat freilich kaum etwas mit Jazz zu tun, bietet aber einen zündenden Musikantenspaß. Lebhafter Beifall der trotz unsicheren Wetters ausharrenden Zuhörerschaft. Im übrigen lässt die Geldknappheit die Mendelssohn-Festtage und die Schumann-Festwoche fast zu einem Kammermusikfest werden, dessen Besuch sich aber auf alle Fälle lohnt.

Theater? Theater!

Moderne trifft Tradition, wenn die Neue Bühne Senftenberg im Goethe-Theater Bad Lauchstädt gastiert. Die Bühne des Jahres 2005 präsentiert im historischen Theaterbau Friedrich Schillers „Kabale und Liebe“. Intendant und Regisseur Sewan Latchinian setzt auf derbe Ernsthaftigkeit und richtet das Augenmerk auf das vermeintliche Randfiguren-kabinett, auf Nebensätze statt auf bekannte, hundertfach aufgesagte Wörter. Werktreue statt Regietheater! Bei Bühnenklassikern ist dies selten geworden. Vielleicht liegt es auch an der Ehrfurcht vor dem Ort: Der erste Akt wirkt holprig, die Textverständlichkeit verbesserungswürdig. Ab dem Zweiten geht es besser. Die stärkste Rolle: Juschka Spitzer als Lady Milford. Solide: Rebecca Mosselman als Luise und Oliver Seidel als Ferdinand. Beeindruckend das Ambiente: Das kleine, unter Goethes Leitung errichtete Sommertheater ist der einzige original erhaltene Theaterbau, in dem der Dichterrfürst während seiner 26 Jahre dauernden Tätigkeit als Oberdirektor der Weimarer Hofschauspieler-Gesellschaft gewirkt hat. Ein umfangreiches Theater-Sommer-Programm macht Lust auf einen Ausflug: Oper, Schauspiel und Lesung. Und alles eine dreiviertel Autostunde ab Leipzig entfernt.

Infotelefon: 034635-78216,

Internet: www.goethe-theater.com • D. M.

Ein unbekanntes Bild?



PROF. WERNER TÜBKE starb am 27. Mai 2004. Der Verlust schmerzt noch immer. Im April 2006 wurde seine Hommage an Leben, Liebe, Arbeit und Wissenschaft aus dem Foyer des Rektoratsgebäudes am Augustusplatz entfernt, im August folgte das Marx-Relief, das räumliche und geistige

Spiegelbild. In enger Zusammenarbeit zwischen Universität und Bildermuseum steht das in den Jahren 1971 bis 1973 geschaffene monumentale – aber eben nicht nur in Quadratmetern zu zählende – Werk „Arbeiterklasse und Intelligenz sind im Sozialismus unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei untrennbar verbunden“ im Mittelpunkt einer Sonderschau. Es wird ergänzt mit bislang unveröffentlichten Studien. Das 13, 80 Meter lange und 2,70 Meter hohe Auftragswerk zählt zu Tübkes bedeutendsten Werken und erscheint heute wie eine Vorahnung auf das Bauernkriegspanorama. Dr. Hans-Werner Schmidt, Museumsdirektor und Vorstand der Tübke-Stiftung, hat bei der Pressekonferenz die Behauptung aufgestellt, dass dieses Monumentalwerk nicht so bekannt gewesen sei. Der Kustos der Universität, Dr. Rudolf Hiller von Gaertringen, sekundiert vor den Journalisten: „Ein Werk, was keiner kennt.“ In seinem Vorwort zum Katalog klingt es geschliffener: „...der breiteren Öffentlichkeit weitgehend unbekannt...“ Legendenbildung, die fehldeutet aber wohl in eine Richtung lenkt, die der Museumsdirektor diplomatisch mit „zur Diskussion stellen“ umschreibt. Möglichkeiten sind gegeben bis zum 5. November 2006 im Museum der bildenden Künste Leipzig. Der Katalog kostet 19,90 Euro.

• D. M.

(Foto: Werner Tübke und „Arbeiterklasse ...“ MdBK)

Die Schweriner Kriminalfälle und den strohblonden Dresdner Kommissar lasse ich mir kaum entgehen, wenn die Nummer 110 im Fernsehprogramm angekündigt ist. Uwe Steimle sei Dank.

Das war auch schon so, als sein Gegenüber noch Kurt Böwe war. Spannung ohne die gewohnten Knallbum Effekte. Auch diesmal ließen die Autorin Ulli Stephan und die Regisseurin Christine Hartmann ihren Polizisten genügend Möglichkeiten Mensch und Sonderling zu sein.

Kriminalist Hinrichs (Uwe Steimle) als Hobby-Ornithologe, Eisvogelzeichner und Bernstein-Sagenerzähler, welcher Fernsehpolizist darf das schon noch. Und auch Mitstreiter Tellheim (Felix Eitner) mit seinen spontanen aber auch grüblerischen Seiten fällt wohlthuend aus dem „Tatort-Rahmen“. Wer es übrigens nicht bemerkte, dem sei es hiermit gesteckt: Die Tochter unseres

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Steimle

Von **MICHAEL ZOCK**

ehemaligen Innenministers Schily namens Jenny war in einer kleinen prägnanten Rolle zu sehen.

Wann endet ein Kriminalfilm schon einmal mit der Bemerkung: So, nun raus in die Natur? Oder wie finden sie die Ansicht: Schwerin ist doch der Nabel der Welt, nur die Welt weiß es noch nicht.

Die Welt weiß aber, dass es eigentlich 1989 nicht „die Wende“ sondern „die Kehre“ heißen müsste ... frei nach Uwe Steimle.. Dem blitzgescheiten und

schlagferigen, nachdenklichen Dresdner sollte man – und das ist durchaus als Empfehlung gemeint – während der Lachmesse begegnen. Da ist für den

15. Oktober ein Nachmittag mit U.S. angekündigt. Als „Bruder im Geiste“ wird er versuchen eine entstandene Lücke zu füllen, die der unvergessene Leipziger Erhard Esche in der diesjährigen Programmplanung hinterließ. Steimle bietet dafür sein Best of.

Der neue Fall für seinen Kommissar Jens Hinrichs heisst 2007 „Kinderspiel“. Und wer Lust auf Steimle in einer früheren DEFA-Rolle hat, dem seien „Zwei schräge Vögel“ aus dem Jahre 1989 empfohlen. Darin gibt es übrigens einen weiteren Kriminalkommissar zu entdecken: JaekiSchwarz.

Man kann dem NDR und uns nur wünschen, dass er seine Schweriner Polizisten nicht entlässt, wie seinerzeit Jutta Hoffman und Angelica Domröse.

Dachkino? Dachkino!

Es war Zufall, als ich im herbstlichen August die Ankündigung eines Dachkinos entdeckte. Gesucht hatte ich Christian „August“ Geyler, den Chef des Ganzen, der das Projekt im Haus Steinstraße ins Leben gerufen hatte. Ich hatte nämlich gelesen, dass er einen sehenswerten Dokfilm über das Leben hiesiger russischer Einwanderer „Russen, Leipzig und andere Ungenauigkeiten“ gedreht haben sollte. Und so kam ich an einem der wenigen sommerlichen Abende ins Beyerhaus in der Dr.-Kurt-Schneller-Straße. Zu entdecken: Ein schöner Sommergarten, Billardtische im Saal, immer mehr junges Publikum und das Dachkino von Geyler.

Seine Idee (und die seiner kleinen Mannschaft) war, den Kurzfilmen, Spiel- wie Dokfilmen, ein Forum, besser eine Leinwand samt Publikum zu geben; Cineasten und solche, die es vielleicht werden wollen, sollen in einem nichtprofessionellen Rahmen mit den neuesten Filmen vertraut gemacht werden. Das geschieht einmal im Stammhaus selbst, wo man bei begrenzter Platzkapazität in der Steinstraße wichtige Produktionen der deutschen Filmhochschulen, aber auch ausländische Produkte erleben kann. Im Sommer aber zieht es Geyler mit seinen Leuten in die Gaststätten und Kneipen, wo man – oft mit einem zusätzlichen Kulturprogramm vorab – dann etwa eine Stunde lang unterhalten wird mit Filmen bis zu 30 Minuten, mit Spots, mit tragischen Sujets, aber auch mit lustigen Varianten, wie man sich das Rauchen abgewöhnen könnte.

Im Beyerhaus herrschte ein wunderbares Flair. Das Publikum sammelte sich langsam, aber es kommt und schaut gespannt. Ab der Pause waren es wohl über 40 Leute. Der Eintritt ist frei, Spenden erwünscht. Dachkino im Sommer – eine glänzende Idee, realisiert von jungen Enthusiasten.

• E. HEXELSCHEIDER

Selbstlos gegen Faschismus und Krieg

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus“, so nennt sich eine anspruchsvolle wissenschaftliche Publikationsreihe aus dem Karl Dietz Verlag Berlin. Inzwischen ist Band V erschienen, zugleich als Band 2 einer Geschichte des deutschen Kommunismus in seinem Selbstverständnis und seiner Realität. Dessen Gegenstand wiederum ist der Kampf der KPD gegen Faschismus und Krieg in den Jahren 1933 bis 1939.

Der Begriff des Kommunismus birgt allerdings viel mehr an Inhalten als die Autoren um Klaus Kinner (Hrsg.) bieten wollen und können. Geht es doch um eine der größten emanzipatorischen Ideen und Bewegungen im Zeitalter des Kapitalismus. Das Ende der UdSSR, des osteuropäischen Sozialismusmodells und der DDR ist jedoch der Beweis, wozu es führt, wenn der Weg der Emanzipation dem Machtstreben einer Parteielite geopfert wird.

Der antifaschistische Kampf der deutschen Kommunisten gilt als einer der Brennpunkte in den Auseinandersetzungen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Durch akribische Beweisführung entziehen die Autoren den Legenden der Parteigeschichtsschreibung der SED über den Antifaschismus der KPD den Boden. Desgleichen setzen sie sich mit der Dis-

kriminierung der KPD durch einen Antikommunismus auseinander, der schon in den Zeiten der Antibolschewistischen Liga der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu finden ist und folgerichtig im faschistischen Antibolschewismus aufging. Die Gleichstellung von Faschismus und Kommunismus durch die Totalitarismus-Doktrin ist nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen, und kann nur schlecht die Absicht verbergen, den Hitlerfaschismus und seine Verbrechen zu verharmlosen.

Der vorliegende Band gibt das Bild einer Partei wider, die mit all der Energie und Selbstlosigkeit, welcher sie fähig war, Hitlerfaschismus und Kriegsvorbereitung bekämpfte und dabei einen hohen Blutzoll zahlte.

Kern der Darstellung ist jedoch die ernüchternde Analyse der Zusammenhänge, Wechselwirkungen, Ursachen und Folgen des Selbstverständnisses und Handelns der Parteiführung der KPD. Die KI und ihre größte Abteilung in Europa, die KPD, folgten einer abenteuerlichen Auslegung marxischer Revolutionstheorie und infolgedessen einer völlig falschen Beurteilung der Epoche, der Weimarer Demokratie, der Sozialdemokratie und der Festigkeit der Hitlerdiktatur. Das überaus starre und lange Festhalten führender Funktionäre an diesen falschen Prämissen selbst noch im

Ring um eine deutsche Volksfront gegen die Hitlerdiktatur, beförderte deren Scheitern. Strategische und taktische Meinungsverschiedenheiten, verbunden mit persönlichen Anfeindungen, Denunziationen und Intrigen im engeren Führungskreis, gehören zu den weiteren Gründen dafür, weshalb sich der Prozess der Neuorientierung so schwerfällig und lange hinzog.

Auch geriet die Moskauer KPD-Führung unter den Druck der stalinschen Säuberungen. Emigrantendasein in der Sowjetunion konnte nun lebensgefährlich sein. Komintern und die ihr angehörenden Sektionen (Parteien) wurden zu Instrumenten der stalinschen Außenpolitik. So war auch die KPD gezwungen, den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939 zu verteidigen, gegen Unverständnis und Kritik in den Reihen der Emigranten und der illegalen Kämpfer im deutschen Widerstand. 1939 kam die Parteiführung dann doch noch zu einem tragfähigen Konzept für die Zeit nach Hitler.

• **KARL NUB**

Klaus Kinner/ Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 2, Gegen Faschismus und Krieg (1933-1939), Karl Dietz Verlag, Berlin 2005, 320 S., 19,90 Euro, Mitgl. 15 Euro

Zeitzeugen

Kurt Berliner, ein langjähriger Diplomat der DDR, beschreibt in seinem neuen Buch das Leben von acht Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts. Da wird Fritz Stude porträtiert, der erste Chef von Kurt Berliner in Kairo, zuletzt Generalkonsul in Leningrad; Stefan Doernberg, der ehemalige Leutnant der Roten Armee, Historiker und Generalsekretär des DDR-Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, später Botschafter in Helsinki, oder Harald Nestler, der frühere Handelsrat der DDR in Beijing (Peking). Nestler lebt und arbeitet heute noch in der chinesischen Hauptstadt in der Deutschen Kaufmannschaft von Beijing.

Bei seinen Reisen nach der Wende lernte der Autor auch die Tochter eines deutschen Arztes kennen, die aus Liebe zu einem chinesischen Schriftsteller Mitte der dreißiger Jahre ihr Elternhaus verließ, um auf abenteuerlichen Wegen ins unbekannt China vorzudringen: Eva Siao, alias Eva Sandberg, die das Buch „China, mein Traum, mein Leben“ (Econ Taschenbuch Verlag 1996) verlegte.

Berliner verstand es, auf ganz persönliche Art, abseits von herkömmlichen Biographien, ein emotionsgeladenes beeindruckendes Buch zu schreiben,

• **FRANZ-KARL HITZE**

Kurt Berliner: In den Stürmen des 20. Jahrhunderts – Erinnerungen an Zeitgenossen. NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide, Berlin, 2006, S. 295, 19,90 Euro

Braune Seilschaften

Die beiden Experten für Insider-Recherchen im rechten Milieu, Oliver Schröm und Andrea Röpke, verfolgen die Spuren der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“, eine als Menschenrechtsorganisation getarnte Einrichtung für untergetauchte Naziverbrecher. Sie widmen sich den Ex-Nazis im Sold westlicher Geheimdienste, decken Verbindungen zwischen SS-Ver-einen und der Politik auf und zeigen heutige Aktivitäten wie Passbeschaffung für flüchtige Auschwitz-Leugner und die Übertragung von Finanzen auf die nächste Nazigeneration.

• **D. M.**

Oliver Schröm, Andrea Röpke: Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2006, 215 S., br., 7,95 Euro

Abglanz des Verfalls

Sybille Bedford, Schriftstellerin und Vertraute von Klaus und Erika Mann, wurde 1911 in Berlin geboren. Die Tochter des Barons von Schönebeck und seiner englischen Gattin wuchs in Deutschland, England, Italien und Frankreich auf. Dem SchirmerGraf Verlag ist es zu verdanken, dass ihre großen Romane wieder neu aufgelegt wurden. „Liebling der Götter“ und „Ein trügerischer Sommer“ entführen die Leser in das frühe 20. Jahrhundert: Die junge Flavia und ihre schöne Mutter Constanze erleben die extravagante Welt der oberen Zehntausend. Hinter den leuchtenden Fassaden ist der morbide Abglanz des Verfalls der Gesellschaft zu erkennen. Sybille Bedford zeichnet ein pralles Bild europäischer Dekadenz. Sie starb am 17. Februar 2006.

• **D. M.**

Sybille Bedford: Ein Liebling der Götter. Roman. SchirmerGraf Verlag, München 2005, 380 S., geb., 22,80 Euro
Sybille Bedford: Ein trügerischer Sommer. Roman. SchirmerGraf Verlag, München 2006, 288 S., geb., 19,80 Euro

KARLHANS FRANK

Christdemokratischer Käse

Milch der frommen Denkgart gärt nicht mehr wie Drachenblut, ist rechtsdrehend, angebrannt, sauer und hat Sand unterm Schimmeldach; das dürfte gar nicht sein, denn längst war sie pasteurisiert, homogenisiert, frei von Vitaminen; dennoch wird aus ihr der Käse gemacht, in dem wir alle ersticken können.

Demokrakeel

Wenn einer, der mit Mühe kaum ein Präsident geworden ist, und nun mit aller Macht bedrängt jeden, der ihm nicht folgen will, wenn der mit allen Mitteln nach Gefolgschaft sucht, wenn er sich Glaubensbrüder kaufen will und Zweiflern gern das Rückgrat brechen möchte, wenn er, nur weil an seiner Seite und vor ihm die stärksten Schläger stehen, sagt, dass er, auch wenn die Mehrheit gegen ihn, in jedem Fall durchsetzen will, was er für richtig hält, dann ist es eine dumme oder böse Lüge, das, was er der Welt beschreiben will, Demokratie zu nennen.

Karlhans Frank, geboren 1937 in Düsseldorf, seit 1961 freischaffender Autor, verfasste Filme, Hörspiele und inzwischen über 100 Bücher mit Lyrik und Prosa für Kinder und Erwachsene, die, zum Teil in viele Sprachen übersetzt, mit etlichen Preisen und Stipendien belohnt wurden.

Vermutete Zusammenhänge

Kaspar Hauser, in Spracharmut aufgewachsen, suchte sich Worte und wurde ermordet.

Ein Skin, im Sprachmüll aufgewachsen, verlor seine Worte und mordete.

Aus: Ich han min Lehen noch lange nicht. Gedichte aus 50 Jahren, von Karlhans Frank, Allitera Verlag 2006

Utopien sind auf die Zukunft gerichtete politische und soziale Vorstellungen, die eine langfristige Leitbildfunktion haben können. Verallgemeinernd lässt sich feststellen, so Andreas Heyer, „dass die meisten Utopien Elemente sowohl des literarisch-ästhetischen wie auch des philosophisch-wissenschaftlichen Denkens aufgreifen und produktiv verarbeiten“.

Die im Buch vereinten neun Beiträge reichen vom Kommunistischen Manifest bis zum Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und der Verteidigung des Erbes des utopischen Diskurses gegen die Angriffe aus dem konservativen Lager. Der Autor belegt, dass eine Verbindung von Utopie und Sozialismus besteht. Daher lassen sich auch politische Utopien nicht auf eine Kritik am Kapitalismus beschränken, sondern den kritisierten Missständen der eigenen Zeit wird eine „logische und rational nachvollziehende Alternative“ gegenüber gestellt.

Utopien sind keine Illusionen

Die diesbezüglich an der politischen Führung der Linksparteien der Bundesrepublik geübte Kritik, sich nicht auf eine „utopisch bessere Zukunft“ als die des Kapitalismus einzulassen, fällt barsch und unausgewogen aus. Das trifft auch auf die Auffassung zu, den einstigen sozialistischen Staaten zu, die nach Heyers Meinung uneingeschränkt „verbrecherische Systeme“ waren. Der Weg zur Reaktivierung „linken“ Denkens führe demzufolge „nicht über die DDR oder die SU und verfehltes Lob dieser Staaten, sondern über eine erneute und ideologiekritische Aneignung der Tradition des Sozialismus“.

Für den kritischen Leser stellt sich die Frage: Wäre es nicht vielmehr an der

Zeit, im Unterschied zu Heyer, von der Notwendigkeit einer durchaus sehr kritischen (ohne Leugnung unbequemer bitterer Wahrheiten) und dennoch produktiven Analyse des realen Sozialismus zu sprechen? Statt mit schneller Feder über den Sozialismusversuch im Jahrhundert zweier Weltkriege und eines Jahrzehnte langen erbarmungslosen Kalten Krieges zwischen zwei Weltsystemen hinwegzugehen, sollte dieses gescheiterte alternative Menschheitsunternehmen Gegenstand einer tiefgründigen umfassenden Analyse sein. Die ebenfalls im Karl Dietz Verlag Berlin erschienene *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000* hat dazu bereits einen beachtlichen Beitrag geleistet.

• **KURT SCHNEIDER**

Andreas Heyer: Die Utopie steht links. Ein Essay. Karl Dietz Verlag, Berlin 2006. 166 S., 14,90 Euro

KALENDERBLATT**Vor 40 Jahren verstorben****Emil Julius Gumbel**

E. J. Gumbel, am 18. Juli 1891 in München geboren, entstammte einer wohlhabenden jüdischen Familie. Er promovierte am 28. Juli 1914 zum Dr. oec. und meldete sich wenige Tage danach freiwillig zum Kriegsdienst. Doch binnen weniger Monate konvertierte er zum Kriegsgegner und erreichte aus „gesundheitlichen Gründen“ bereits im Januar 1915 seine Beurlaubung vom Militärdienst. Danach war er als Ingenieur in der Flugzeugmeisterei Adlershof tätig. Im April 1917 trat er der USPD bei.

Nach dem Krieg wurde er in Berlin führender Funktionär der deutschen Friedensbewegung. Im Oktober 1919 gehörte er zu den Gründern des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer (FdK). Am 1. Juli 1920 bildete er zusammen mit Carl von Ossietzky, Georg Friedrich Nicolai, Kurt Tucholsky, Berthold Jacob u.a. den Aktionsausschuss „Nie wieder Krieg“, der bis 1922 Massenkundgebungen gegen Krieg organisierte.

Im Oktober 1920 wechselte er zur SPD über und arbeitete ab 1921 als Lehrer an der Betriebsräteschule des „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes“ in Berlin. Sein politischer Standpunkt wurde von Christian Jansen, seinem Biographen, als radikal-demokratisch bezeichnet. Beeinflusst durch sein politisches Vorbild, Bertrand Russel, bezeichnete er sich als „antibolschewistischer Kommunist“. Er plädierte für die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, war aber gegen den Weg, den die Bolschewiki dazu beschritten. Empörend fand Gumbel, dass Regierungen unter sozialdemokratischer Führung mit rechtsradikalen Freikorps zusammenarbeiteten, um Arbeiteraufstände in verschiedenen Industrieregionen niederzuschlagen. So stand er auch der Weimarer Republik kritisch gegenüber, „weil sie sich in Gegensatz zu weiten Teilen der Arbeiterschaft gestellt hatte“. Seine politischen Reden beendete er wegen deren Milde gegen Rechts oft mit dem Ruf „Republik – werde hart!“.

1922 wurde er am Heidelberger Institut für Sozial- und Staatswissenschaft Dozent für Statistik. Da er seine politische und publizistische Tätigkeit im Rahmen der sozialistischen und pazifistischen Bewegung weiterführte und die Justiz deshalb mehrere Landesverratsverfahren gegen ihn anstrebte, versuchte die Philosophische Fakultät und der Senat der Universität den „Ruhestörer und Friedensbrecher des akademischen Gemeinschaftslebens“ loszuwerden, was jedoch zunächst nicht gelang. Obwohl ihm der zuständige badische Minister noch 1930 den Rang eines außerordentlichen Professors verlieh, wurde ihm nunmehr 1932 unter dem Druck der nazistischen Studentenschaft die Lehrberechtigung entzogen.

Im Mai 1927 war Gumbel in den Vorstand der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ gewählt worden, dem er bis zu seiner Emigration im Herbst 1932 angehörte. Nach seinem ersten Exil in Paris und Lyon, wo er an den Bemühungen um die Bildung einer „Deutschen Volksfront“ beteiligt war, lebte er ab 1940 in den USA in großer materieller Not. Mitte der fünfziger Jahre erhielt er eine Gastprofessur in Westberlin. Jetzt erreichte sein Anwalt als „Wiedergutmachung“ die Gewährung der Pension eines Ordinarius. Am 10. September 1966 verstarb Emil Julius Gumbel in New York. • **KURT SCHNEIDER**

Schwere Terroranschläge mit furchtbaren Folgen waren bereits mehrfach verübt worden, doch was sich am 11. September 2001 ereignete, sprengte alle bisherigen Dimensionen. Der Anschlag von Al Qaida – fast zeitgleich über vier voll besetzte Verkehrsmaschinen – richtete sich gegen das World Trade Center in New York, gegen das Pentagon sowie vermutlich gegen den US-Präsidenten-Sommersitz in Camp David und stellte eine Bedrohung von völlig neuer Qualität dar. Wieder wurden willkürlich Unbeteiligte Opfer der Terroristen.

Dennoch, die Toten waren noch nicht alle geborgen, da warnten Prominente auf der ganzen Welt, nichtzuletzt auch aus den USA selbst, bereits vor weiteren unschuldigen Opfern. Denn eines stand schon sehr bald fest: Dieses Verbrechen war ein Geschenk an die Hardliner in der US-Regierung. Norman Mailer, der Autor von „Die Nackten und die Toten“ warnte: „Bis Amerika den Schaden begreift, den es anrichtet, indem es darauf besteht, dass der amerikanische, auf Profit ausgerichtete ‚way of life‘ nicht notwendigerweise zu allen Ländern passt, werden wir in Schwierigkeiten sein. Wir werden die meist gehasste Nation der Erde sein.“

Sehr deutlich wurde auch der norwegische Friedensforscher Prof. Johann Galtung: „Die USA haben in der letzten Zeit 230 militärische Aktivitäten in der Welt geführt und jährlich sterben Millionen Menschen in der Welt an Hunger – das sind die Folgen der Globalisierung. Die Frage ist jetzt nicht nur, wer hat diese Anschläge verübt, sondern vor allem: warum.“

Das Leipziger Friedenszentrum initiierte damals ein Schreiben an den Bundeskanzler, den Bundespräsidenten und den Präsidenten des Bundestages, in dem zahlreiche Bürger appellierten „nicht zuzulassen, dass bei der Verfolgung der

Täter Unschuldige Schaden nehmen, damit nicht neuer Hass und neue Gewalt heraufbeschworen werden“.

Verschwendete kluge Worte. Man erinnere sich: Ohne konkrete Kenntnisse, wer wirklich hinter dem Terroranschlag vom 11. September steckte, rief der deutsche Bundespräsident den Bündnis-

Als gleich zu Bushs Machtantritt die Verhandlungen darüber mit den Taliban scheiterten, musste etwas geschehen ...

Des US-Präsidenten Reaktion auf den 11. September und auf den Aufruf Osama bin Ladens zum „Heiligen Krieg“ führte George W. Bush erschreckenderweise schlagartig aus einem Populärstief in

Der 11. September vor fünf Jahren

Immer neue Kriege – immer mehr Hass gegen die USA

fall der NATO aus, was eine Beteiligung der BRD am heraufziehenden USA-Krieg bedeutete. Und Kanzler Schröder „enttabuisierte das Militärische“ – die menschlichen Kolateralschäden sowieso – und verkündete kurz darauf, dass die BRD „umfangreiche Hilfe, auch militärische“ leisten werde. Mehr als abgefordert worden sei. Denn die Begründung aus dem Weißen Haus für den schon am 7. Oktober 2001 eröffneten Angriffskrieg gegen die Taliban lautete, man habe dem internationalen Terrorismus den Krieg erklärt. Als wäre der Terrorismus ein Staat und nicht etwas Unberechenbares. Der vermeintliche Feind der USA war deshalb nicht zu besiegen. Nicht in Afghanistan, nicht im Irak, nirgends ... Der Feind sind die profitgierigen Mächtigen der USA selbst und ihre Vasallen.

Zudem sollten wir bei all dem nicht vergessen: Das Problem war für Bush nicht Al Qaida an sich, sondern eine US-amerikanisch kontrollierte Öl-Pipeline von den kaspischen Lagerstätten quer durch das Land am Hindukusch.

seinem Land. Auch das sollte man nie vergessen. Trotz aller Proteste, die er heute wieder erlebt, weil sich ein neues Vietnam angebahnt hat.

Wie gesagt: Terroristen sind weder mit Bomben – auch nicht mit modernsten mit größter Tiefenwirkung – noch mit bestausgerüsteten Bodentruppen wirkungsvoll und nachhaltig zu schlagen. Jetzt, fünf Jahre später, sind Taliban und Al Qaida immer noch nicht überwunden. Im Gegenteil. Nach dem Einmarsch der Truppen der USA, Großbritanniens und weiterer Verbündeter in den Irak und dem Sturz Saddam Husseins ist der internationale Terrorismus enorm eskaliert. Ein Ende des Schreckens im Irak, der bis zum Einmarsch der USA keine Selbstmordattentate kannte, ist nicht abzusehen.

Die menschliche Tragik vom 11. September 2001 gebietet den entschiedenen Kampf gegen die eigentliche Wurzel des internationalen Terrorismus: Die Öl-Gier der USA und die riesige Armut, die Hoffnungslosigkeit in großen Teilen einer potentiell reichen Welt. • **FR. STEINER**

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (42)

Als im Juli 1947 der Stadtrat über neue Straßennamen befinden sollte, da hatte vorher eine Kommission eingehend diese Namen beraten und war zum Ergebnis gekommen, dass die nach dem preußischen Prinzen Friedrich Karl benannte Straße in Gohlis den Namen Wuttkestraße erhalten sollte. Damit sollte eine Leipziger Gelehrtenfamilie geehrt werden. In der Ratsversammlung aber schlug die SED-Fraktion überraschend vor, dieser Straße den Namen Sasstraße zu geben. Die Begründung muss so unbefriedigend gewesen sein, dass einige Abgeordnete der anderen Fraktionen gegen diese Namensänderung stimmten. Den Namen Wuttkestraße erhielt übrigens in der gleichen Sitzung dann eine Straße in Schönefeld-Ost.

Wer war denn nun dieser „Sas“, den auch heute viele Leipziger noch nicht kennen? Eigentlich hieß er ganz einfach Alfred Schmidt. Er wurde am 26. März 1895 in Schlegel bei Zittau als Sohn eines Bäckers geboren. Nach der Volksschule besuchte er ein Lehrerseminar, zog aber

noch vor der Abschlussprüfung als Freiwilliger in den Krieg. Er wurde Pilot im Kampffliegergeschwader Richtofen. Aus dem 1. Weltkrieg kehrte er als Antimilitarist zurück. Nach dem Krieg holte er sein versäumtes Lehrexamen in Löbau nach und fand eine Anstellung an einer Leipziger Versuchsschule. Da ihm nach bestandener 2. Lehrprüfung eine Festanstellung

versagt blieb, nahm er zunächst eine Arbeit in einer Leipziger Fabrik an und wechselte dann auf eine Hamburger Werft. 1929 fand er endlich eine Festanstellung als Lehrer an einer Schule in Leipzig. Sein unorthodoxer Lehrstil und sein kameradschaftlicher Umgang mit seinen Schülern brachte ihn immer wieder in Widerspruch zu Eltern und Kollegen. Auch sein bohemihafter Lebensstil war für viele ein Stein des Anstoßes. Neben seinem Beruf ließ sich Alfred Schmidt am Leipziger Konservatorium zum Konzertpianisten ausbilden. 1925

Schuldienst entlassen. Die Verhaftung folgte auf dem Fuße. Bereits am 1. Mai 1933 kam er jedoch wieder frei. Er ging nach Berlin. Doch auch hier fand er keine Beschäftigung und musste sein Leben als privater Klavierlehrer fristen. Da er sich einen Namen als schöpferischer Musikpädagoge machte, hatte er bald etliche Kinder von Film- und Bühnengrößen als Schüler. Auch Gisela May gehörte zu ihnen. Schnell konnte er auch Kontakte zu antifaschistischen Künstlern und Intellektuellen knüpfen. Über die Kommunistin Elisabeth

oder 1929 schloss er sich der KPD an, doch schon nach acht Monaten wurde er wegen „nationaler Einstellung“ wieder ausgeschlossen. Trotzdem blieb er für die Partei tätig. 1933 war er als Musiklehrer an der 55. Volksschule Kleinzschocher tätig und wurde nach der Machtübernahme durch die Nazis umgehend wegen seiner politischen Einstellung aus dem

Pungs bekam er Verbindung zum jungen Hanno Günther, in dessen Widerstandgruppe er aber erst nach der Umsiedlung von Herbert Bochow nach Berlin aktiv wurde. In dieser Gruppe galt er, der von seinen Freunden stets „Sas“ genannt wurde, als Lehrer und Berater. Die Bezeichnung Sas, nach der auch die Straße benannt ist, heißt „Schmidt aus Schlegel“. Die Gruppe wurde im Juli 1941 verhaftet. Während Hanno Günther und seine Freunde in U-Haft kamen, lieferte man Alfred Schmidt ins KZ Sachsenhausen ein. Im Frühjahr 1942 wurde er auf Intervention einflussreicher künstlerischer Kreise und ehemaliger Kameraden des Geschwaders Richtofen aus dem KZ entlassen, aber im Juni erneut festgenommen, wegen illegaler Arbeit vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Trotzdem sich einige prominente Künstler, darunter Willy Birgel und der Regisseur Wolfgang Liebeneiner, für Sas einsetzten, wurde er am 5. April 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. • **DIETER KÜRSCHNER**

Sasstraße



Von
**KLAUS
HUHN**

Obwohl in der Welt des Sports heutzutage oft die Hölle los zu sein scheint, habe ich mich entschlossen, über die Vergangenheit zu schreiben. Und obendrein als Berliner über Stunden, die ich in Leipzig erlebte und zu fragen: Erinnern Sie sich noch? Passiert war, dass mir beim Aufräumen ein uralter Bierdeckel in die Hände gefallen war, den ich nicht in den Müll beförderte, weil er kurios beschriftet war und ich nicht dahinterkam, was diese Inschrift wohl bedeuten könnte. Jedenfalls warb die Vorderseite für ein Leipziger Dunkelbier. Und auf der Rückseite stand: „Staffel, 2. Mal, Hase, Schmidt, unverschämt.“ Und dann stand da noch „1956“. Das wäre ein halbes Jahrhundert her und ich wühlte in meinen grauen Gehirnzellen – bis ich Spuren fand.

1956 war das Jahr, als zum ersten Mal DDR-Sportler zu Olympischen Spielen gereist waren, und zwar ins damals – im Zeitalter der Propellermaschinen – endlos ferne Australien. Die DDR hatte zu jener Zeit – wie so manches Mal in ihrer Geschichte – Ärger mit den „Brüdern und Schwestern“, die damals noch nicht so brüderlich taten wie heute und eigentlich gar nicht wollten, dass die DDR am olympischen Fest teilnimmt. (Sie hatte schon 1972 allen Ernstes mitgeteilt: Wer zu Olympia will, soll über die Grenze kommen!) Der Unwille, die DDR mitspielen zu lassen, ist eine der vielen Wahrheiten, die heute so gern verschwiegen und hinter Doping und „Stasi“ versteckt werden. Das IOC war allerdings anderer Meinung und entschied sich für eine Doppelmannschaft aus Athleten der BRD und der DDR. Das war 1955. Nun galt es also, sich für diese Mannschaft zu qualifizieren.

Wir hatten damals einen pffiffigen Leichtathletiktrainer, Heinz Birkemeyer, der sich in den Kopf gesetzt hatte, mit seiner kompletten Frauensprintstaffel nach Melbourne zu fliegen. Wie schafft man das? Indem man Weltrekorde läuft! Gleich mehrere? Genau! Birkemeyer studierte die Weltrekordlisten und meinte, dass die damals noch geführten 4-mal-110-Yards, 4-mal-220-Yards und die 4-mal-200-m zu knacken sein könnten.

Die günstigste Laufbahn schien ihm im Rostocker Stadion. Also fuhr er mit „seinen“ Frauen an die Küste. Die arme DDR hatte – wem sage ich das? – an allem Mangel, auch an Hotelzimmern. So musste das Quartett die Nacht vor dem Lauf im Klubheim des SC Empor verbringen, wogegen gar nichts einzuwenden gewesen wäre, wenn sich nicht eine Berufsschulklasse schon einen Monat auf ihre Abschlussfeier dort gefreut hätte. Birkemeyer bat mich, mit denen zu verhandeln. (Mein Spitzname zu jener Zeit: Staffelhuhn.) Sein Argument: „Du kannst so gut reden!“ Ich erreichte tatsächlich, dass um Mitternacht Feierabend sein sollte und alle gratulierten mir. Niemand ahnte, dass kurz vor Mitternacht eine Schar Matrosen des Segelschulschiffes „Wilhelm

Sportkolumne Einfach nur Erinnerungen

Pieck“ vorüberkommen und mit Hallo an den Tischen Platz nehmen würden. Birkemeyer stürzte sich in das lärmende Getümmel und erklärte den Matrosen die Situation. Es geschah, womit niemand gerechnet hatte: Die drehten eine letzte Tanztour und zogen auf leisen Sohlen davon, das Klubheim in Sanatoriumsstillen zurücklassend.

Am nächsten Morgen – man schrieb den 30. Juni 1956 –, wurden viele auf den ersten Blick verwirrende Striche auf die Bahn des Ostseestadions gekreidet, um die Yards- und Meterstrecken auseinanderhalten zu können. Zu dem am Nachmittag geplanten Sportfest waren auch Niederländerinnen gekommen, begleitet vom Vizepräsidenten des niederländischen Leichtathletikverbandes, Moerman. Der hörte, was vorgesehen war, griff in seine Aktentasche und holte ein paar internationale Rekordprotokolle heraus. Auch die waren knapp in der DDR, wie alles. (Sagte ich wohl schon ...) „Die werdet ihr wohl brauchen“, prophezeite Moerman. Er tat es ohne Groll, denn den 4-mal-110-Yards-Weltrekord hielt damals die niederländische Frauenstaffel. Und er behielt Recht: Drei Weltrekorde und einen Europarekord bescherte der Nachmittag. Der dreifache Weltrekordlauf der vier DDR-Mädchen ging um die Welt, aber dann begannen „deutschen“ Probleme. Der BRD-Verband

wollte um keinen Preis die komplette DDR-Staffel nach Olympia reisen lassen, zumal zu diesem Zeitpunkt noch nicht restlos klar war, ob im Falle eines Sieges des Quartetts nicht vielleicht sogar die DDR-Hymne zu spielen war. Bonn stand Kopf und die BRD-Funktionäre erzwangen eine „Ausscheidung“. Sie wurde für Leipzig anberaumt. Die Bedingungen waren nicht sehr sportlich, aber niemand wollte den DDR-Start gefährden und so wurde alles akzeptiert: Zwei BRD-Staffeln gegen die DDR-Weltrekordstaffel. Das „Triell“ wurde im August auf der Aschenbahn des Leipziger Zentralstadions ausgetragen. Kurz nach 16 Uhr wurde das erste Rennen gestartet. Auf Bahn 2 eine Staffel der BRD, auf Bahn 3 unsere Weltrekordstaffel und auf Bahn 4 die zweite Staffel der BRD. Das Resultat war eindeutig: 1. DDR 45,6 s, 2. BRD I 45,9 s, 3. BRD II 47,1 s. Die Gäste bestanden dennoch auf einem zweiten Lauf, der 40 Minuten später gestartet wurde, und da stellten sie nur noch eine Staffel und eine halbe „Hasen“-Staffel. Nämlich: Um die auf Bahn 3 startende erste Mannschaft der BRD mit der Startläuferin Erika Fisch besser „ziehen“ zu können, wurden die beiden besten Läuferinnen der zweiten Staffel auf Bahn 4 (also mit Kurvenvorgabe eingesetzt), liefen aber nur die beiden ersten Abschnitte. Die Weltrekordstaffel sollte mit Gewalt überrannt werden. Auch dieses Vorhaben scheiterte: 1. DDR 45,7 s, 2. BRD 46,0 s. In den anschließenden Verhandlungen forderte der Wortführer des BRD-Verbandes, ein gewisser Fredy Müller: „Die BRD stellt die Start- und Schlussläuferin, das entspricht den Resultaten der beiden Läufe!“ Wenn er auch damit nicht durchkam, so erreichte man am Ende doch, dass die Weltrekordstaffel gesprengt wurde. Drei DDR-Läuferinnen blieben übrig, die vierte Läuferin wurde in Melbourne von der BRD dreimal ausgewechselt. Zum Vorlauf stand der Weltrekord bei 45,2 s. Das Ziel erreichten Australien und die „gemeinsame“ deutsche Staffel nach 44,9 s. und konnten sich damit beide mit dem Weltrekord schmücken. Als das Finale begann, hatte ein australischer Kampfrichter die Gras-Wechselmarken der Deutschen weggeräumt. Sie wurden nur Sechste in 47,2 s. Immerhin: Christa Stubnick holte Silber über 100 m und 200 m, Gisela Birkemeyer Silber auf der Hürdenstrecke!

Und bei der Gelegenheit: Grüße von LN an Gisela Birkemeyer und Bärbel Mayer in Berlin und Christa Stubnick in Magdeburg! Sie haben ein Kapitel Sportgeschichte geschrieben und das redet niemand aus der Welt. Und damit es nicht Vergessenheit gerät, habe ich mich hier noch mal daran erinnert.

Das nächste Mal ist wieder vom Sport der Gegenwart die Rede!

Auch die jüngste Debatte am 23. August in der Hamburger Bürgerschaft klärte den Fall Mario Mettbach und seine Lobby-Arbeit für Burim Osmani nicht auf. Als es zu dieser Frage im Parlament für die CDU kritisch wurde, verließ sie geschlossen den Sitzungssaal. Hamburgs parlamentarische Opposition von SPD und Grüne verlangte Aufklärung, warum der Ex-Bausenator Mario Mettbach in den Aufsichtsrat der Port Authority (Hafenbehörde) berufen wurde. Nach Mettbachs Gespräch mit dem 1. Bürgermeister Ole von Beust und dem Staatsrat Schön im März 2006 – er schlägt die Nutzung eines Osmani-Grundstück auf St. Pauli vor – wird er Logistikbeauftragter der Stadt. Die Kündigung erfolgt am 6. Juni, als seine Kontakte zu den Osmanis öffentlich werden. Über Jahre schien es so, als sei die Zuwandererfamilie Osmani in Hamburg seltsam unantastbar. Dabei hätten die glänzend laufenden Geschäfte mit Immobilien, Kneipen und Absteigen im Rotlichtviertel von St. Pauli doch eigentlich hanseatische Kommunaljournalisten reizen müssen.

Der Aufstieg der Osmanis aus dem „Nichts“ beginnt mit dem Ältesten der Brüder, mit Quazim Osmani. Der verließ 1979 sein albanisches Heimatdorf mit ein paar Plastiktüten. Wenige Jahre

später hatte der Mann bereits ein Millionenvermögen angehäuft – alles beim Glücksspiel gewonnen, behauptete er. Gemunkelt wurde, dass einer der vier Brüder wöchentlich in einer plüschigen Disko Hof gehalten und Anteile von kriminellen Albanern eingestrichen habe. Dabei, so die Legende, küsst diese bei der Übergabe des Anteils ihrem „Patent“ sogar den Ring.

Natürlich hatte das Landeskriminalamt längst ermittelt. Doch keiner der Vorwürfe war zu belegen. Und Osmanis Anwälte siegten mit einer Unterlassungsklage nach der anderen. Neben einem Behördenbau zählen einschlägig bekannte Lokale auf der Reeperbahn zum Millionenbesitz der Brüder. Nun scheint sich das Glück der Familie gewendet zu haben. Die Verhaftung von Burim Osmani am 9. Mai 2006 in Bayern kam einem Dammbuch gleich. Die Staatsanwaltschaft Würzburg verdächtigt den 42-jährigen, mit Hilfe illegaler Geschäftspraktiken einen millionenschweren Bankkredit für ein Immobilien-Projekt ergaunert zu haben. Nur –

das Projekt wurde nie realisiert. Hinzu kommt weiter eine mutmaßliche Verwicklung der Osmanis in einen Kredit-Skandal bei der Volksbank in Lauenburg/Elbe. Inzwischen wird auch gegen den Ex-Chef der Volksbank ermittelt.

Was nun die Hansestadt Hamburg seit einigen Wochen erschüttert, sind vor allem immer neue Spekulationen über die Verstrickungen des Clans mit der Politik und ihren Repräsentanten. Das Parlament des Bundeslandes, die Bürgerschaft, streitet erbittert darüber, ob hochstehende Politiker den Osmanis bei ihren Geschäften zur Seite standen. SPD und Grüne fragen, warum die Hamburger Strafverfolgungsbehörden erst fündig wurden, als die bayrischen Fahnder Erfolge vorwiesen. Allerdings – der Aufstieg des Osmani-Quartetts fällt in die langjährige Regierungszeit von SPD und Grünen. Weshalb die Sozialdemokraten jetzt hoffen, mögliche Verbindungen zum jetzigen CDU-Senat oder der Vorgängerkoalition mit der umstrittenen Schill-Partei ans Tageslicht zu befördern. Ex-Schill-Politiker Mario Mett-

bach – siehe oben –, ein politischer Wandler von CDU zu Schill und wieder zur CDU, war Bausenator und zeitweilig sogar Zweiter Bürgermeister der Hansestadt. Für eine Schockwelle sorgt auch der bereits 2003 zusammengestellte und noch geheime BND-Bericht über die Osmanis und ihre Einkommen aus Prostitution, Schutzgelderpressung, Kraftfahrzeugschmuggel, Rauschgifthandel. Jetzt bedarf es vor allem der Aufklärung einer Bareinzahlung auf das Konto der Schill-Partei bei der Filiale der Dresdner Bank in Hamburg-Eimsbüttel. Der neue Chef der Ex-Schill-Partei „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“, Peter-Alexander von der Marwitz, geht deshalb in die Offensive. Er stellte gegen Schill, den 1. Bürgermeister von Beust, SPD-Fraktionschef Neumann und Ex-Innenstaatsrat und den Juristen Wellingshausen Strafanzeige, „eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. ... Die Genannten haben quasi mit der Familie Osmani ein kriminelles Netzwerk aufgebaut“, so von der Marwitz. Dabei war es der Axel C. Springer-Verlag, der mit BILD voran, Schill und seine Partei in die Bürgerschaft geschrieben hat. So findet, wenn auch zu spät, Aufklärung statt, woher das Geld für den Schill-Wahlkampf kam.

• KARL-H. WALLOCH

Osmani-Fall: Skandal für Politiprominenz

Zum Offenen Brief von Nagel, Graslaub, Blunck; LN 17 '06

Anmaßend und unwissend

„Jeder Mensch hat das Recht, auf einem Gebiet, das ihm fremd ist, ein Idiot zu sein. Aber niemand sollte von diesem Recht zu häufigen Gebrauch machen.“ (A. Polgar) Das fiel mir ein, als ich den Brief der drei Genossen an die Linksfraktion des Bundestages las. Über die beiden Herren kann ich mir kaum ein Bild machen, Juliane Nagel hat schon einige Kapriolen hinter sich. Der Brief strotzt m. E. von Anmaßung und Unwissenheit. Ursachen und Folgen werden ignoriert, Begriffsdefinitionen scheinen unbekannt zu sein. Lesen die Genossen nur die Bildzeitung?

Zur Klarstellung: Aggression bedeutet Angriff, Überfall; übrigens verurteilte Frankreich schon 1966 den Staat Israel als Angreifer. Invasion bedeutet feindlicher Angriff, dieses Wort wird sogar im TV gebraucht. Und nicht zu vergessen: Die Entstehung der Hisbollah ist das Ergebnis der israelischen Besetzung des Südlibanon. Schon vergessen, dass Hamas und Hisbollah demokratisch gewählte Vertreter in Parlament und Regierung haben, dass Israel immer noch Gebiete der Palästinenser und Libanesen besetzt hält, dass Israel widerrechtlich einen Krieg führt, menschenverachtend agiert, geächtete Waffen einsetzt usw.?

Vielleicht sollten sich die Genossen eine andere Partei suchen ...

BRIGITTE JANSEN, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

NICHT, DASS WIR EINEN Wanderdienstplan eingeführt hätten, aber hin und wieder bummelt einer durch Berlin und meldet seine Beobachtungen. Nein, nicht, was im „Adlon“ auf der Speisekarte steht oder wer am Kanzleramt vorgefahren ist, sondern ein Abriss ist es, den wir im Auge behalten. Sie ahnen es natürlich: Es geht um den Palast der Republik. Wer halbwegs im Bilde ist, weiß, welches Risiko mit diesem Abriss verbunden ist, und wenn fast wöchentlich eine neue Nachricht kommt, um wieviel Millionen sich die Kosten erhöht haben, erahnen wir jedes Mal neue Querelen. Es gab seit jenem Tag, an dem der Abriss als Maßnahme zur Verdammung der DDR beschlossen wurde, nie Zweifel über die Probleme, die damit verbunden sein würden. Alle wussten, dass Berlins Innenstadt auf Baumpfählen steht, dass der Palast auf einer riesigen Wanne schwimmt und dass dieser unsinnige politische Entscheid verheerende Folgen haben kann. Zum Beispiel für den Dom, der schon ins „Wanken“ geriet, als der

Ich begrüße, dass Leipzigs Neue sowohl den Brief Juliane Nagels und anderer junger Linker abgedruckt hat als auch die Zuschriften von Brigitte Jansen und Günter Hartmann. Dadurch werden nicht nur unterschiedliche Sichten auf die Aggression Israels gegen Libanon deutlich, sondern auch der Sprengstoff, der im Thema steckt. Brigitte Jansen fragt: „Warum darf Israel das alles?“ Und: „Weiß Kofi Annan überhaupt, wie viele UNO-Resolutionen Israel bereits negiert hat?“

Israel „darf“ nicht „alles“, sondern nur das, was dem Völkerrecht entspricht. Das gilt für jeden Staat. Zu den ersten Pflichten von Staaten gehört die Friedenspflicht, das Gewaltverbot, das Verbot von Intervention und Aggression. Der Holocaust schuf keine Ausnahmerechte für Israel, kein „moralisches“ Recht, Völkerrecht zu brechen. Was Aggression ist, definierte die UNO-Vollversammlung (noch unvollkommen) in der Resolution 3314 vom 14. Dezember 1974 u.a.: „Aggression ist bewaffnete Gewalt, die ein Staat gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Landes anwendet oder in irgendeiner anderen Weise mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist ...“ Ob das auch Juliane Nagel versteht? Nun bestreitet nicht einmal die USA-Regierung, dass Israel seit Jahrzehnten das Völkerrecht verletzt, denn als VetoMacht war sie ungezählte Male an den politischen Folgen der Politik seiner „Speerspitze im Nahen Osten“ beteiligt.

Brigitte Jansen fragt nach der Zahl der Verurteilungen. Da ich 25 Jahre Mitglied des Präsidiums der DDR-Liga für die Vereinten Nationen gewesen bin und auch 40 Jahre Studenten zum Thema belehrte, besitze ich die UNO-Bilanzen. Generell ist zu sagen, dass Israel in den siebziger und achtziger Jahren alle Jahre wieder in der Resolution „Die Lage im Nahen Osten“ auf die Anklagebank geriet. Fast immer gab es zusätzliche Resolutionen, insbesondere zur Lage der Palästinenser und ihrem Recht auf ihren Staat. Ich zitiere als Beispiel die Resolution 30/3379 vom November 1975: „Der Zionismus ist eine Form des Rassismus“ und „die ihm zugrunde liegende Ideologie“ stellt „eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Welt dar“. (Ich habe als Gastgeber für einen UNO-Generalsekretär aus seinem Munde gehört, wie er das interpretierte.) Israel hat mindestens 46 Resolutio-

Es wackelt – nicht nur im Gebäk

Palast entstand. Also: Die Neufünfland-Wanderer haben einen „Wachdienst“ eingerichtet. Sie, verehrter Leser, werden auf dem Laufenden gehalten!

IN BAD DOBERAN läutet jetzt schon manche Alarmglocke. Aber bis zum Weltwirtschaftsgipfel im nächsten Jahr soll das Städtchen „uneinnehmbar“ sein. Obendrein plagen andere Sorgen die Bürger der Nobelherbergengemeinde. Im Krankenhaus hat man ausgerechnet, dass die Kosten zwischen OP und Krankenzimmer durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 120.000 Euro steigen und niemand weiß, woher man die nehmen soll. Der Leiter einer renommierten Kurklinik sagte sarkastisch: „Wir müssten Reserven ausschöpfen, die wir gar nicht haben. Die Preise für Energie, für jedes Arzneimittel, für Verbandsmaterial, für die Versorgung der Patienten steigen unweigerlich. Gesundheitsreform im Quadrat ...“

Als wir das auf einer Parkbank erörterten, kam eine ältere Dame des Weges und präsentierte uns den Kassenzettel ihrer Apo-

Wer bestimmt, welche Aggression „erlaubt“ ist?

nen des Sicherheitsrats und der Vollversammlung der UNO ignoriert. Welcher andere Staat „darf“ sich eine solche Ignoranz gegenüber der „Völkergemeinschaft“ leisten? Die Antwort ist komplexer Natur und würde Platz verlangen. Von besonderer Bedeutung für die gesamte Nahostpolitik ist der Beschluss 242 des Sicherheitsrats vom 22. November 1967 (nach dem für Israel siegreichen „Sechs-Tage-Krieg“ gegen Ägypten im Juni 1967), nicht nur, weil ihm auch die USA zustimmten. (Eine

Es ist infam, Holocaust-Opfer zur Rechtfertigung von Krieg und Okkupation zu missbrauchen.

Veto-Macht kann jeden Beschluss verhindern.) In dem Beschluss 242 wird festgestellt, „dass Gebietserwerbungen durch Kriege nicht erlaubt sind“, dass Israel sich aus den okkupierten Gebieten zurückziehen hat und die Palästinenser ein Recht auf ihren Staat haben. Seit fast vierzig Jahren boykottiert Israel diesen Beschluss und blockiert damit den Weg zu einem dauerhaften Frieden. Israel an seine völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern, ist ein Freundesdienst, kein Antisemitismus.

Die Sozialisten um Juliane Nagel sind „fasungslos“ und finden es „unerhört“, dass einige Politiker der Linkspartei – sie haben Zitate von Wolfgang Gehrcke und des namhaften und integren Völkerrechtlers Professor Dr. Norman Paech zur Hand – Israel als Aggressor bezeichnen. Diese beiden befinden sich in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, wie wir sahen. In den letzten Tagen verurteilten auch USA-Expräsident Jimmy Carter, der frühere UNO-Generalsekretär Boutros Ghali und andere die Aggression. Ist das auch „unerhört“?

Juliane Nagel und ihre Gefährten setzen sich für die Solidarisierung mit Israel ein. Warum? Es ist infam, Holocaust-Opfer zur

Rechtfertigung von Krieg und Okkupation zu missbrauchen. Wenn sie ein Vermächtnis hinterlassen haben, dann die Pflicht zur Verständigung im Sinne von Lessings weisem Nathan. Jeder müsste wissen: Ein Verbrechen wird nicht durch ein anderes gerechtfertigt (oder man stellt sich auf die gleiche Stufe mit dem Verbrecher).

Es ist auch unstatthaft, die historische Parallele zur „Münchener“ Politik zu ziehen, weil dies zur Prämisse hätte, die Kritiker Israels wären Faschisten. Unserem ist seit Jahrzehnten für die Solidarität mit Juden, insbesondere Opfern des Faschismus. Unsere Solidarität haben Felicitas Langer, Uri Avneri (LN-Leser kennen ihre Namen), die seit langem für die Verständigung von Juden und Palästinensern eintreten und Israels Bruch des Völkerrechts anprangern. Auch für Israel gilt Willy Brandts Satz: Der Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Bisher war die Politik der Arbeiterbewegung durch historische Erfahrungen, Prinzipien und Ziele geprägt.

Der Streit, den Leipzigs Neue mit dem Abdruck der Briefe befördert hat, berührt grundsätzliche Fragen der Strategie der neu zu gründenden Linkspartei. Israels Aggressionspolitik wird nicht einmal von der CDU-Kanzlerin öffentlich gebilligt. Sie begründet den Bundeswehreinsetz: „Wir (?) tragen Verantwortung für Israel.“ Das mag sein, aber welche Verantwortung, und wie werden „wir“ ihr gerecht? Und: „Wir (?) können nicht nein sagen, wenn man uns bittet.“

Wer „bittet“ Deutschland zum bewaffneten Einsatz und warum? Welche Folgen wird das haben? Für Linke sind das existentielle Fragen, erst recht für ihre Wähler, deren Stamm seit Jahrzehnten dem Vermächtnis treu geblieben ist: Nie wieder Krieg! Wenn sich die Linie der jungen Sozialisten um Nagel durchsetzt (Wählerstimmen kostet sie sowieso), dürfte die Linkspartei von Anfang an scheitern. Ulrich Maurer scheint Recht zu haben, dass sich dort „Karrieristen, Paradiesvögel und Gescheiterte sammeln“. Welche Verantwortung tragen die, die eine (vielleicht für lange Zeit letzte) Chance für die Wiedergeburt der Linken verspielen!

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

früheren Trafohaus auszustellen. Alles, so ein Greifswalder, sei schon in Sack und Tüten gewesen, als eines Tages das Trafohaus abgerissen wurde. Nun ist der Ärger gross und die Stadt sucht nach einem passenden Gebäude für die Ausstellung, die wichtig wäre. Wer weiß heute schon noch, welche Bücher die Nazis 1933 verbrannt hatten? Wenn einmal Ärger im Haus ist, breitet er sich aus. Das Stadtarchiv platzt aus allen Nähten und sollte deshalb ins frühere Lyzeum verlagert werden. Aber mit dieser Lösung sind viele nicht einverstanden. Hauptsache: Das Archiv gerät nicht in Container! **AUCH IN THÜRINGEN** haben sie bergeweise Probleme. In Unterbreizbach erzählten sie uns, dass der Gemeinderat im Juni beschlossen hatte, künftig seien Kinder bis zwei Jahren von der Gebührenzahlung befreit. Jetzt wurde der Beschluss wieder aufgehoben. Es hatte zuvor einen handfesten Streit gegeben, sogar die Landesregierung war konsultiert worden. Fazit: Die Freude der Eltern über eine Entlastung ihrer Familienkasse war verfrüht. Es bleibt dabei: Zur Kasse bitte!

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 12. September, 15 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Bewertung militärischer Optionen gegen das Atomprogramm Irans.* Mit Dr. Hermann Hagena, Brigadegeneral a. D., Bonn. In Zusammenarbeit mit der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. (DSS)
 Bw-Standortverwaltung, August-Bebel-Str. 19, Block A, R. A32

Dienstag, 12. September, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Der Krieg gegen den Libanon – ein Eckpfeiler der angestrebten „Neuordnung“ des Nahen Ostens.* Mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 13. September, 18.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Ökonomische Konzepte für den Sozialismus im 21. Jahrhundert unter Nutzung fortgeschrittener Informationstechnologien.* Einführung: Dr. Horst Müller, Nürnberg
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Sonnabend, 16. September, 12 Uhr, Chemnitz
 Eröffnung der 16. Interkulturellen Wochen in Chemnitz vom 16. bis 30. 9. 2006: *Miteinander Zusammenleben gestalten.*
 Neumarkt

Mittwoch, 20. September, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Zur gegenwärtigen Lage in der Belarus und in der Ukraine.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig / Klagenfurt.
 Bürgerbüro Dr. Barbara Höll, MdB, Gorkistr. 120

Mittwoch, 20. September, 18 Uhr, Chemnitz
 Vortrag und Diskussion: *Massenbewegung in Polen im Herbst '56 – Konterrevolution oder Erneuerung des Sozialismus?* Mit Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe, Freital ***
 Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplötz 4

Mittwoch, 20. September, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Vor 50 Jahren: Verbot der KPD.* Mit Jan Korte, MdB, Politikwissenschaftler MA.
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 21. September, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Kindheit und Jugend im Hotel „Lux“.* Mit Dr. Waltraut Schälke, Moskau. ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Freitag, 22. September, 19 Uhr, Dresden
 Lesung und Gespräch mit der Autorin Waltraut Schälke zu ihrem Buch *Ich wollte keine Deutsche sein. Berlin-Wedding – Hotel-Lux.* Mit Frank Preiß, Herausgeber der deutschen Ausgabe und Dr. Wolfgang Schälke, Vorstandsvorsitzender des Deutsch-Russischen Kulturinstituts e. V. Mitveranstalter Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Deutsch-Russisches Kulturinstitut, Zittauer Str. 29

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

VOKAL
 Verlag opitz-karig Leipzig

Schriftenreihe zur Entwicklung der Industrie der Stadt Leipzig, 1945 - 1990, Band 1

Dieter Gollasch:

TAKRAF - ein Kombinat
 des DDR-Schwermaschinenbaus

2006, ISBN 3-9810418-3-6, 124 S., Preis 9,80 Euro

Zu beziehen in allen einschlägigen Buchhandlungen oder direkt beim Verlag.

Verlag Vokal, Postfach 101651, 04016 Leipzig

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Mohr & Köpfe, die Talkshow im Moritz-Hof präsentiert Ihnen:

Rad-Schläge mit Humor

Gäste:

Gustav-Adolf „Täve“ Schur, Radweltmeister
 Meigl Hoffmann, Kaharett-Dynamo und
 Karsten Wolf, tritt am mobilen Klavier in die Pedale
 Moderation: Steffen Mohr

Wann und wo: Freitag, 15. September 2006
 ab 20 Uhr im Café Moritz,
 Moritzhof, Zwickauer Str. 125-129 zu erreichen
 mit den Straßenbahnen 10 und 16 sowie Bus 79
 Eintrittskarten für nur 1 Euro (!) erhalten Sie
 im Café Moritz, Kartentelefon: 03413304777



Unsere Genossin
Elisabeth Schindler
 ist am 3. September

83 Jahre geworden.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, liebe Elisabeth, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Linkspartei.PDS-Basisgruppe Löbnig II

Unsere Genossin
Irmgard Leitert
 feiert am 11. September ihren 82. Geburtstag.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, liebe Irmgard, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Linkspartei.PDS-Basisgruppe Löbnig II

SZM

Stadtteilzentrum Messesmagistrale
 Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

23. 9., 14 Uhr: *Welche Zukunft hat Palästina?* Diskussionsforum mit Experten im Rahmen der Interkulturellen Wochen.

**Initiative
 Christliche Linke**

11. September., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Vortrag von Christine Müller, Theologin: *Geht durch die Kirche ein Riss? Spaltet der Globalisierungswahn die Kirche in eine Kirche des Südens und eine Kirche des Nordens?*



Ich bin bei LN die einzige
 Zeitungsentente

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
 Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein
 Geschenkabonnement ist

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Wo geht's denn hier zum Aufschwung ?

Selbst wenn Sie diese Antwort schon kannten, dann bieten die eben erschienenen „Ossi-Wessi-Witze“ garantiert weitaus mehr als 100 andere Bemerkungen und Spitzfindigkeiten, mit denen Sie ihr Zwerchfell und den Kopf reizen könnten. Der Eulenspiegel Verlag hat wieder einmal Volkes spitze Zunge aufnotiert und zum Glück gedruckt. Die 63 Seiten des kleinen Büchleins bürsten mit Witzigkeit gegen den Strich, ohne sich dabei zu prostituieren. Der Leser zahlt also nicht drauf, sondern bestätigt Tucholskys Erkenntnis: Wenn einer bei uns einen politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel. • - CK



Kannten sie den schon ?

Wessi: „Warum heißt das Werk eigentlich Thälmann-Werk?“

Ossi: „Na, nach dem Kommunisten und Arbeiterführer Ernst Thälmann.“

Wessi: „Verstehe, überall alte Seilschaften in den Chefetagen im Osten.“

Ein Ossi sitzt vor dem Fernseher und flucht: „So ein Mist, so eine gequirte Scheiße! Ich frag mich jeden Abend, warum ich früher immer Westfernsehen geguckt habe!“

Herr Lehmann liest aus der Kölner Rundschau vor: „Arbeitslose im Osten nehmen wieder ab!“

„Wird ja auch Zeit“, sagt seine Frau, „ist doch kein Zustand mit diesen ganzen überfressenen Ossis!“

In einem Hamburger Reisebüro klingelt das Telefon.

Anrufer: „Kann ich bitte eine Reise in die DDR buchen?“

Die Dame im Reisebüro: „Tut mir leid, die DDR gibt es nicht mehr.“

Eine Stunde später klingelt das Telefon erneut: „Kann ich bitte eine Reise in die DDR buchen?“

„Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass es die DDR nicht mehr gibt. Haben Sie das nicht kapiert?“

Anrufer: „Doch schon, aber ich kann das einfach nicht oft genug hören!“



Ein Ossi und ein Wessi haben einen Verkehrsunfall. Totalschaden, aber keiner ist verletzt.

Sagt der Wessi: „Glück im Unglück! Das müssen wir feiern, ich hab eine Flasche Sekt im Kofferraum!“

Er holt den Sekt und reicht ihn dem Ossi. Der schluckt die Flasche halb leer: „So und jetzt Sie!“

Darauf der Wessi: „Nein, ich warte, bis die Polizei da war!“

Ossi-Wessi-Witze
Eulenspiegel Verlag, Berlin 2006
63 S., 3,90 Euro



Noch bis 29. Oktober ist die Ausstellung „Die Macht des Ein(en) Horns“ im Naturkundemuseum zu sehen. Übrigens eine Projektarbeit zweier Museologie-Studentinnen: Karina Weiß und Maria Morstein.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die deutsche Pferdenation ist stark. DLF 17.8. sind uns um diesen Faktor neidisch.“ Bayerisches Fernsehen 26.8.

Bisher haben 18 von 25 EU-Ländern Mindestlöhne eingeführt. DLF 17.8. Der aufmerksame Bürger ist ein hochwirksames Instrument im Kampf gegen den Terrorismus. DLF 27.8.

Im Land Brandenburg wird der Bau einer Zigarettenfabrik von der Landesregierung und vom Bund mit 13 Millionen Euro gefördert. Zur gleichen Zeit führt die Bundesregierung eine Kampagne gegen das Rauchen. Die Hälfte von New Orleans hat ein Jahr nach der Katastrophe immer noch keinen Strom. ZLF 29.8.

Die Rede in Weimar war sicher eine Ungeschicklichkeit von Herrn Schäfer. Geschichte ist ein politisch umkämpftes Feld. Herr Schäfer ist doch ein erfahrener Historiker. Er ist Gründungsdirektor des Hauses der Geschichte. Peter Steinbach, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Eine Krähe...)

Die Ölindustrie fackelt weltweit jedes Jahr so viel Gas nutzlos ab, wie Deutschland und Frankreich jährlich verbrauchen. greenpeace magazin 5 / 06

Damit für die teuerste Grillparty der Welt der Vorwurf der Zechprellerei vom Tisch kommt, hat sich der Bund bereit erklärt, einen Teil der Kosten des Bush-Besuchs zu übernehmen. DLF 25.8.

In Kreding in Bayern gibt es eine Waffen-Simulations-Halle der Bundeswehr. Die Kuppelhalle ist größer als der Petersdom in Rom. Ein Verantwortlicher: „Alle Nationen, die hier durchlaufen, Bundeswirtschaftsminister Glos verspricht sich gute Geschäfte mit Indien auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie. Es geht u.a. um den Eurofighter und um deutsche U-Boote. DLF 30.8.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Das Einhorn ...

... ist uns allen als mystisches Wesen in strahlendweißer Pferdegestalt mit einem langen Horn auf der Stirn bekannt. Doch was wissen wir wirklich über das Einhorn? Wussten wir z. B., dass es im Gegensatz zum Pferd gespaltene Hufe hatte?

Heute gehört es in die Welt der Fabeltiere und war doch immer Sinnbild für Reinheit und Stärke. In zahlreichen Büchern, Märchen wie dem „Tapferen Schneiderlein“ und in Filmen wie „Harry Potter“ begegnet uns das Einhorn.

Maler ließen sich von ihm inspirieren und auf zahlreichen kunsthandwerklichen Gegenständen ist es abgebildet.

Noch bis in das 18. Jahrhundert hinein glaubten die Menschen an seine Existenz. Namhafte Wissenschaftler wie Otto von Guericke und Gottfried Wilhelm Leibniz beschäftigten sich da mit. Die ersten Berichte über das einzigartige Tier mit dem Horn auf der Stirn gibt es schon seit 3000 Jahren. Wie groß mag die Enttäuschung Marco Polos, des Weltreisenden, gewesen sein, als er das vermeintliche Einhorn in der Verkörperung des Nashorns sah!

• JFS

Leipzigs
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. September
Die nächste Ausgabe erscheint am 22. September

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40